# GRENZEN DER MARKTWIRTSCHAFT

PROF. DR. FELIX G. BINN

Vortrag gehalten in einer Veranstaltung der
„Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit"
in Hamburg.




Als Manuskript gedruckt und verlegt by Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit — Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts; Büro Hamburg 73, Redderblock 58.

Bankverbindung: Hamburger Sparkasse 1017/247 518

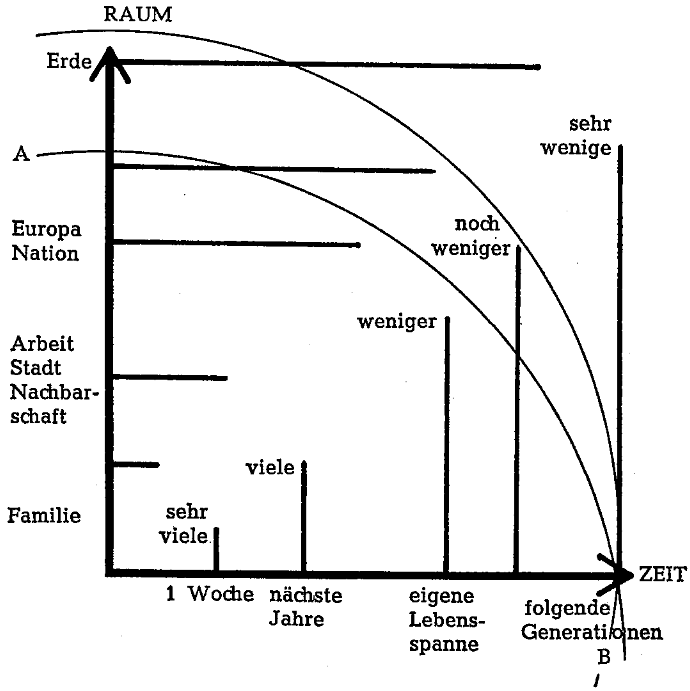
Druck Max Siemen — Hamburg 73

# Vorbemerkung

*Erwarte nicht von Fremden,*
*daß sie das für dich tun,*
*was du selbst tun kannst!*
Ennius

Als 1972 das inzwischen vielzitierte Buch „Grenzen des Wachstums" erschien, benutzt Dennis Meadows ein Raum-Zeit-Koordinatensystem, um die Dimensionen des Problems anzudeuten. „Die meisten Menschen können sich nur um Dinge kümmern, die ihre Familie in naher Zukunft betreffen. Nur wenige denken weit voraus in die Zukunft von einem solch globalen Gesichtspunkt aus."[1])

Damit rückt Meadows die Umweltproblematik in die Zeitdimension der jetzigen und nächsten Generation und in die Raumdimension der Erde. (Interessentenkreis B, s. Darstellung 1)




Darst. 1

Das Problem Marktwirtschaft kann grundsätzlich ähnlich gesehen werden. Angesichts der Tatsache, daß große Teile der Welt jedoch sozialistisch wirtschaften, sollte man realerweise die Raum-Komponente auf Nation oder Europa reduzieren. (Interessentenkreis A, s. Darstellung 1)

Jeder, der sich mit dem hier behandelten Thema befaßt, kann sich in der Darstellung 1 seinen eigenen Horizont und sein eigenes Problembewußtsein testieren.

# 1.0 Thematische Abgrenzung und Definition

*Wenn die Worte nicht stimmen,*
*so sind die Begriffe nicht richtig.*
*sind die Begriffe nicht richtig,*
*so kommen die Werke*
*nicht zustande.*

Konfuzius

Das Thema ist bewußt unvollständig formuliert. Mit einem Fragezeichen versehen, heißt es: Hat die Marktwirtschaft Grenzen? Mit einem Ausrufezeichen bedacht, würde es einer Feststellung gleichkommen: Die Marktwirtschaft steht an ihrer Grenze! Mit Grenzen haben wir es in jedem Fall zu tun. Sie sind seit Menschengedenken eine doppelte Herausforderung gewesen

a) unter dem Aspekt der Macht mit den Alternativen, sie zu respektieren oder zu beseitigen
   und
b) unter dem Aspekt der Gerechtigkeit mit den Alternativen gerechtfertigt oder angemaßt.

In den weiteren Ausführungen wird sich eine Antwort finden.

Die Definition der Marktwirtschaft lautet: Sie ist eine Wirtschaftsform, in der die Menschen im Rahmen der Legalität frei nach individuellen Aspekten ihre Produktions- und Konsumpläne aufstellen und verwirklichen können. Diese mikro-ökonomischen Pläne addieren sich zu makro-ökonomischen Daten, die von allen Beteiligten hingenommen werden.

Fügen wir das Wort „sozial" hinzu, muß die Definition erweitert werden.

Die makro-ökonomischen Daten werden von der Gesellschaft, hier dem Staat z. B., untersucht. Gesellschaftlich-politische Negativ-Erscheinungen werden durch ablaufpolitische Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik so korrigiert, daß sie den ordnungspolitischen Grundzielen von Freiheit und Ordnung entsprechen.[2]) „Eine solche Wirtschaftsordnung steht im Rahmen der im Grundgesetz fixierten liberaldemokratischen und gemeinwohlbindenden Prinzipien. Ohne die Sicherung wirtschaftlicher Freiheiten würden auch die politischen Freiheiten kaum zur vollen Entfaltung kommen."[3])

Obwohl nicht direkt zum Thema gehörig, muß aus Gründen der Abgrenzung eine Definition des Kapitals und des Kapitalismus folgen. Sie wird in Anlehnung an Gesell[4]) vorgenommen, da sich diese Definition in allen Fällen der Anwendung als die zweckmäßigste bewährt hat. Wenn wir die Eigenschaft eines Gutes, gewinnbringend, zinsbringend eingesetzt zu werden, als Kriterium nehmen, können wir Kapital als zinstragendes Eigentum bezeichnen. Der Kapitalismus ist somit ein System, in welchem die Überlassung von Real- und Finanzkapital vom Zinsbezug abhängig gemacht wird.

# 2.0 *Die aktuelle Problematik in der marktwirtschaftlichen Realität*

## *2.1 Der ökonomisch-soziale Fortschritt*

*Wenn wir alle fehlerfrei wären,*
*würde es uns nicht soviel*
*Freude bereiten,*
*sie an anderen festzustellen!*
Horaz

Die Schilderung der marktwirtschaftlichen Realität soll auf die Zeit nach dem 2. Weltkrieg bezogen werden.

Das Wirtschaftswunder, psychologisch und ökonomisch erklärbar — ebenso wie sein Niedergang —, bedeutete besonders für die Bundesrepublik, einen Fuß ins Schlaraffenland gesetzt zu haben, wenn man die Kriegs-Notzeit als Vergleich heranzieht. Eine Statistik, die auf Arbeitszeitaufwand beruht, mag diesen materiellen Wohlstand verdeutlichen (Abb. 1). Aus Abb. 2 ist die Arbeitnehmersituation bezüglich Urlaubsdauer und -entgelt ersichtlich und die soziale Inventur ist, an den Verhältnissen des Manchestertums gemessen, paradiesisch. In sechs Jahren stiegen die Kosten für den Sozialaufwand in der BRD um fast 2,5 % auf 28,5 % des Bruttosozialproduktes.

Ein weiterer Maßstab für ökonomischen Fortschritt ergibt sich aus der Entwicklung der Lohnquote, die den Anteil der Entlohnung aus unselbständiger Arbeit in Prozent des Volkseinkommens darstellt. Rechnerisch ist eine Steigerung von 11,2 % in 22 Jahren feststellbar.

| Jahr | Lohnquote |
|---|---|
| 1950 | 58 % |
| 1967 | 65,9 % |
| 1972 | 69,2 % [5]) |

Die bisherigen Zahlen sind zwar als volkswirtschaftliche Kennziffern bedeutsam, sie liefern aber doch nur Teilaspekte. Brutto-Inlandsprodukt real und Brutto-Anlagevermögen sind insofern informativer.

Nach Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes der BRD ergaben sich folgende Zuwächse:

| | BAV | BIP |
|---|---|---|
| 1950—55 | + 20,9 % | + 57,2 % |
| 1956—60 | + 33,5 % | + 37,2 % |
| 1961—65 | + 37,1 % | + 28,1 % |
| 1966—70 | + 31,1 % | + 26,0 % |

Diese Angaben lassen noch die Frage offen, wem diese Vermögenswerte zugeflossen sind.

Unter der Annahme, daß Einkommen die Grundlage für Vermögen ist und Vermögensstrukturen sich nur langsam ändern, mag es erlaubt sein, eine Statistik von 1968 für die BRD vorzulegen, nach der Bevölkerung und Volkseinkommen zueinander ins Verhältnis gesetzt werden (Lorenzkurve).[6]) Zur

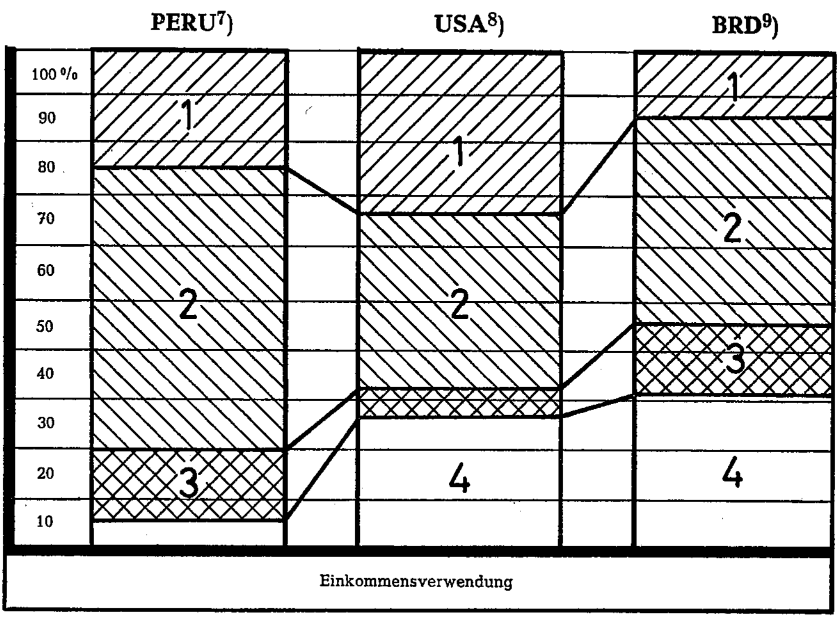
besseren Vergleichbarkeit wird die Vermögensverteilung der USA und des Entwicklungslandes Peru hinzugenommen.[7]) Ein Viertel des Volkseinkommens entfiel in der BRD auf 44 %, in den USA auf ca. 49 % und in Peru auf ca. 62 % der Bevölkerung. 50 % des Volkseinkommens mußten sich in der BRD 70 %, in den USA ca. 73 % und in Peru ca. 88 % der Bevölkerung teilen.

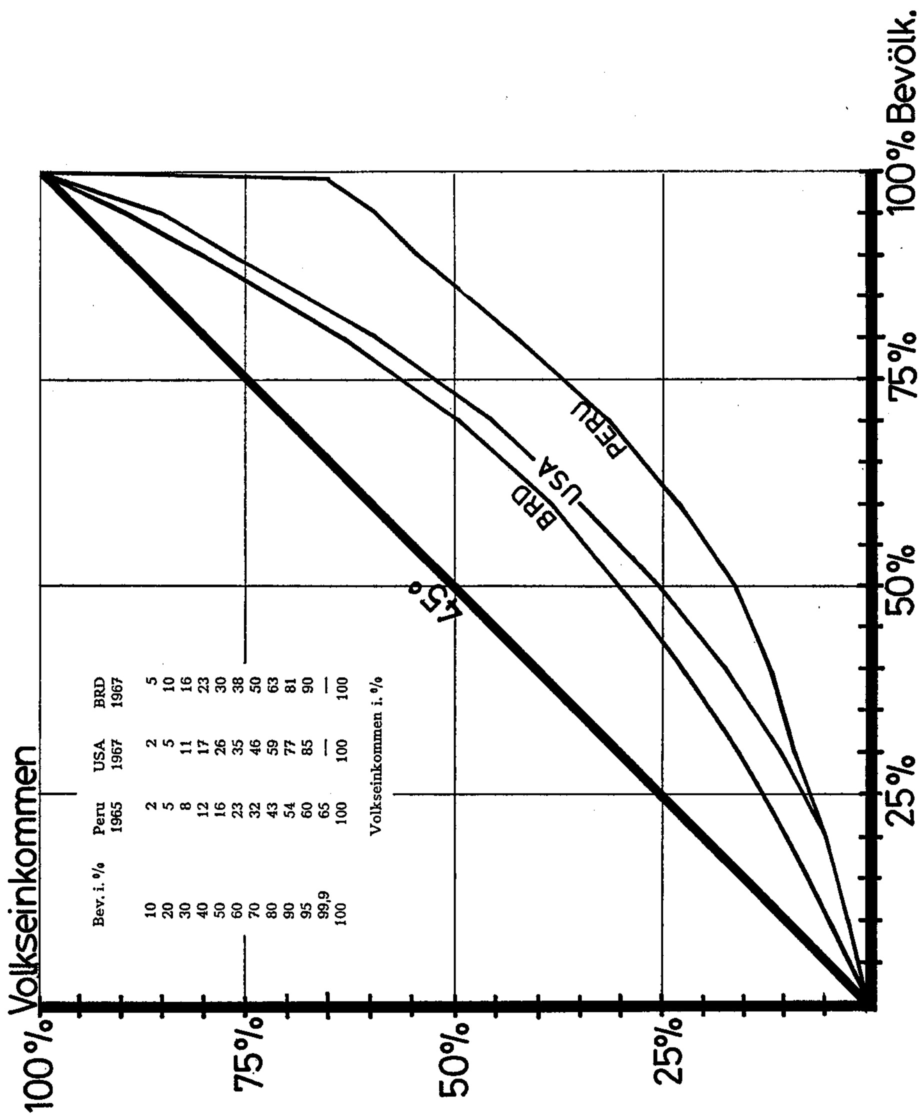
Umgekehrt kann man schließen, daß die reichsten 5 % folgende Quoten für sich in Anspruch nehmen konnten: BRD 10 %, USA 15 % und Peru 40 %.

Darst. 2 a

| | | PERU | USA | BRD |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Wohnung | 25 % | 33 % | 15 % |
| 2 | Nahrung | 55 % | 33 % | 40 % |
| 3 | Kleidung | 15 % | 7 % | 12 % |
| 4 | Sonstiges | 5 % | 27 % | 33 % |

Darst. 2 b






| Bev. i. % | Peru 1965 | USA 1967 | BRD 1967 |
|---|---|---|---|
| 10 | 2 | 2 | 5 |
| 20 | 5 | 5 | 10 |
| 30 | 8 | 11 | 16 |
| 40 | 12 | 17 | 23 |
| 50 | 16 | 26 | 30 |
| 60 | 23 | 35 | 38 |
| 70 | 32 | 46 | 50 |
| 80 | 43 | 59 | 63 |
| 90 | 54 | 77 | 81 |
| 95 | 60 | 85 | 90 |
| 99,9 | 65 | — | — |
| 100 | 100 | 100 | 100 |

Volkseinkommen i. %

Darst. 3 a

Schon David Hume formulierte in seinem Werk „Wealth of Nations" 1752:

> Alles auf der Welt entsteht aus Arbeit und unsere Bedürfnisse sind die einzige Ursache dieser Arbeit.

Wenn wir uns rühmen, in einer sozialen und gerechten Gesellschaftsordnung zu leben, mag die Frage erlaubt sein, wieviel denn der Faktor Arbeit für seine Tätigkeit in der Volkswirtschaft, gemessen am Volkseinkommen, erhält. 1972 wurde die Arbeitsquote — der Anteil der selbständigen und unselbständigen Arbeit — mit 82,6 %[10]) errechnet. Fast 18 % Defizit (lat. deficit = es fehlt!) wird hier der Zehnte des Mittelalters beträchtlich überschritten.

## *2.2 Der Weg in die Krise*

Aus den bisherigen Angaben wird mit großer Deutlichkeit die mangelmindernde Kraft deutlich, die der Marktwirtschaft innewohnt.

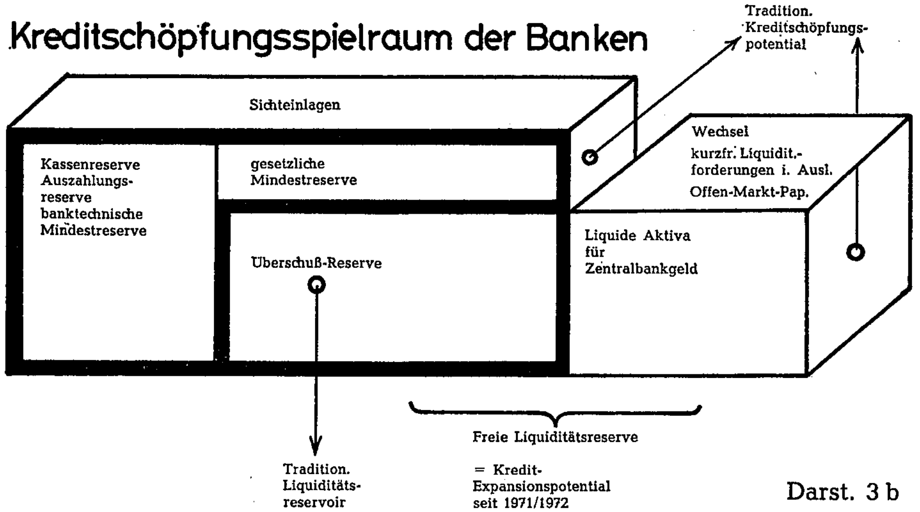
Es ist aber auch aus den statistischen Unterlagen eine von Jahr zu Jahr schlechter werdende Situation ablesbar. *Sie* ist es, die uns die Frage nach den Grenzen der Marktwirtschaft stellen läßt.

Seitdem wir uns aus der Autarkie und Ur-Wirtschaft in die arbeitsteilige Industrie-Massengesellschaft begeben haben, wird das Geld zur Dominante in allen solchen Volkswirtschaften. Ursprünglich gedacht, den Austausch der Güter — sozusagen als Katalysator — zu vereinfachen, wird es in der Form des Finanzkapitals seit der ersten industriellen Revolution zum letzten absolutistischen Machtmittel in Demokratien. Es entzieht sich unter dem schönfärberischen Begriff „freie Konvertibilität" jeder Kontrolle, unumschränkter Richter in eigener Sache. Letztere kulminiert in der Frage nach der Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Da diese mit steigendem Reichtum tendentiell sinkt, werden Volkswirtschaften von Kapitalströmen überflutet oder durch Kapitaldürre ausgetrocknet, bis der Kapitalmangel wieder eine hohe Verzinsung erzwingt. In den Jahren 1970—72 hatte die BRD aus spekulativen Gründen einen Devisenzufluß von 49 Mrd. DM zu verkraften, rund das Zehnfache dessen, was aus der Leistungsbilanz erwirtschaftet wurde. In den Monaten Februar und März 1973 betrug der Zufluß an „hot money" sogar 24 Mrd. DM, wobei nur 500 Mio. DM auf die Leistungsbilanz entfielen,[11]) also erarbeitet wurden. „Die enormen Devisenzuflüsse von fast 120 Mrd. DM seit 1948 hat die Zentralbank in neugeschaffene DM umgetauscht."[12]) Hinzu kommt, daß die Bundesbank die Kreditschöpfung der Geschäftsbanken auf kurze und mittlere Sicht nicht beherrscht.*

---

* Eine Bank ist aus gewinnorientierten Gründen an einem hohen Kreditvolumen interessiert. Seit 1967 ist die Zinsordnung aufgehoben, ein Druck auf das Zinsniveau und eine Verstärkung des Wettbewerbs zwangen zur Kreditausdehnung. Die Kreditschöpfungsmöglichkeit der Geschäftsbanken beruht auf der Tatsache, daß ein laufendes Konto mit Sichteinlagen nahezu doppelt in Anspruch genommen werden kann. Der Kontoinhaber verfügt darüber und der aus den Überschußreserven bediente Kreditnehmer. Für eine Sichteinlage von DM 1000 wird nur ein auf Erfahrungswerten beruhender Bruchteil für die Rückzahlung verwendet. Seit den Zeiten des Goldgeldes hat sich hier nichts geändert. Wir sprechen hierbei von Kassen- oder Barreserve oder banktechnischer Mindestreserve. Die Brutto-Überschußreserve wird durch das Instrument der gesetzlichen Mindestreserve beschnitten auf die Netto-Überschußreserve. Diese stellt den

## Kreditschöpfungsspielraum der Banken




Darst. 3 b

Irmler spricht von einer Zuwachsrate von 14 % bei Bargeld und Sichteinlagen ($M_1$) und von über 20 % bei Termineinlagen ($M_2$) gegenüber dem Vorjahr, trotz der Bremsbemühungen der Bundesbank. Hieraus mag deutlich ersichtbar sein, welchen Belastungen eine Marktwirtschaft von der Finanzkapitalseite her ausgesetzt ist.

Für den Inflationsstoß von 1966 in der US-Wirtschaft gibt Stein ähnliche Gründe an:

> „The whole thing began in a shift of the Federal Budget from a surplus ... of $ 2 billion in ... 1965 to a deficit of $ 10 billion in ... in 1967. At the same time the rate of money growth accelerated sharply".[14])

---

Kreditschöpfungsspielraum der Bank dar. Je mehr Banken „im Gleichschritt" bei der Kreditschöpfung vorgehen — d. h. Kreditauszahlung bei der einen zur Einzahlung bei anderen Banken wird —, oder je größer die Banken sind, umso größere Dimensionen nimmt die Kreditschöpfung an. Auf eingezahlten Krediten kann eine Kette von — abnehmenden — Krediten aufgebaut werden, die die Kaufkraft der Periode erhöhen. Sie wird begrenzt durch die Barzahlungsgewohnheit der Wirtschaftssubjekte und die gesetzlichen Mindestreserven, wenn man die Bar- oder Kassenreserve als unverändertes Risikopolster der Bank betrachtet, zu dem ggf. noch die liquiden Aktiva für die Beschaffung von Zentralbankgeld gerechnet werden können. „In Form ... freier Liquiditätsreserven" konnten die Banken „entstehenden Zentralbankgeldbedarf von sich aus decken. Es machte sie von der Notenbank im Prinzip unabhängig".[13]) Dennoch hatte die Bundesbank aber etwa bis 1970/71 davon ausgehen können, daß die Banken diese ... Reserven ... als Instrument der Liquiditätsvorsorge betrachteten ... Etwa seit 71/72 „war jedoch ein verändertes Bankenverhalten zu beobachten" ... aus dem die Lehre gezogen werden mußte, daß die „Selbstbedienungsmöglichkeit" via Bestand der Banken an freien Liquiditätsreserven ... zu beseitigen sei (s. Darstellung 3b). Aus der Übersicht auf S. 44 des Bundesbankgeschäftsberichtes von 1972 ergibt sich in der Tat eine stets weiter geöffnete Schere zwischen Bankkrediten und Liquiditätsquote.

Stein erwähnt weiter, daß die Geldvermehrung von 1960 bis 1965 ca 3 % jährlich, die von 1967 aber 6,6 %, die von 1967 7,8 % betragen habe. $M_1$ sei von 3,4 % im Jahre 1969 auf 6,0 bzw. 6,3 und 8,7 % gestiegen. Noch mehr sei $M_2$ gewachsen.

Irmler [12]) stellt fest:

— „Nachdem jahrelang gelehrt und praktiziert worden ist, daß Vollbeschäftigung und maximales Wirtschaftswachstum wirtschaftspolitisch machbar seien, ganz gleich, wie sich Kosten und Preise entwickelten,

— nachdem eine ständige „leichte" Geldwertminderung als nicht weiter schädlich, ja als unvermeidbarer Preis ... anzusehen sei,

— nachdem man sich allerorts an die Vorstellung gewöhnt hat, im 20. Jahrhundert brauche man nicht mehr zu sparen, um reich zu werden ... sondern es müsse ... nur richtig gesteuert werden,

— nachdem die Gewohnheit sich überall entwickelt hat, eine ständige weitere Geldwertminderung bereits zu antizipieren,

— nachdem all das sich national wie international tief ins Bewußtsein gefressen hat,

nimmt es nicht wunder, daß die notwendige Geldmengenbeschränkung schwerste Reibungen hervorrufen kann, denn es wird zunächst nirgends ernst genommen und wird daher auch nur zögernd oder überhaupt nicht den Planungen zugrunde gelegt."

In der Wirtschaftspolitik zwangen die massiven Geldzuflüsse von 1970 bis 1972 in Verbindung mit der Kreditexpansion zur „Drosselung des Geldzuwachses". Als „Folge ist natürlich der Zins gestiegen ... Diese Tatsache ist viel kritisiert worden ... geradeso, als ob das Geld knapp gemacht und billig gehalten werden könne".[12]) Es wird „klar, daß ein quantitatives Ziel (bestimmter Wachstumspfad der Zentralbankgeldmenge) nur verwirklicht werden kann, wenn man bereit ist, die Zinskonsequenzen zu akzeptieren. Hier wirken ... Marktmechanismen".[15]) Die „Folge davon ist, daß wegen der bewußten Hochzinspolitik ganze Wirtschaftszweige in Schwierigkeiten gebracht worden" seien.[12]) Herbert Stein, als Vorsitzender des Rates der ökonomischen Berater des US-Präsidenten gleichlautend:

> „I do not suggest, that we will end the present inflation easily or quickly. A very high rate of inflation is now built into our system. To reduce that inflation to tolerable levels will take time, and it will not be achieved without pain." [14])

Von der Seite der Theoretiker wird die Entwicklung vorausgesagt:

> „Die Folgen einer Bremsung der Inflation würde voraussichtlich selbst selbst unter Politikern, die ernstlich bemüht sind, die Inflation zum Stillstand zu bringen, eine solche Panik auslösen, daß eine Wiederaufnahme der Inflation als das kleinere Übel betrachtet werden kann. Derartige Versuche werden in den nächsten Jahren daher wiederholt unternommen und stets bald wieder aufgegeben werden." [16])

Wir halten aus den Zitaten fest:

1. Eine Geldmengensteuerung war nicht durchführbar.
2. Sie war nicht beabsichtigt.

3. Das Gegenteil wurde — wegen eines „Höheren Rechtsgutes" würden die Juristen sagen — bewußt zugelassen.
4. Politische Gründe erzwangen eine Inflationsbekämpfung.

Letztere geht vor sich in den Bereichen

a) Begrenzung der freien Liquiditätsreserven der Banken,
b) Abschied von der Leitzinsfunktion des Diskontsatzes, — denn „dieser mußte seine ... Funktion zeitweise zumindest aufgeben; der Geldmarktzins richtete sich immer nach *dem* Notenbankzins, der für die letzte zur Reserveerfüllung ... zu beschaffende Mark gezahlt werden mußte";[17])

und

c) im Bereich der Geldmengenkonzeption der Bundesbank,[18]) die in Zukunft maximal 8 % Zuwachs zulassen will.[19])

All diese Maßnahmen sind Anzeichen eines Umdenkens. Man scheint Abschied zu nehmen von den heiligen Kühen eines unsteuerbaren Geldvolumens.

Von einer exakten Steuerung und straffen Ordnung kann jedoch noch keine Rede sein, besonders, weil die Wirtschaftssubjekte noch jeden Vertrauensvorschuß vermissen lassen. Da die Beteiligten, besser, Betroffenen keine kurzfristige Bessereung der Situation sehen, ist das auch nicht verwunderlich. Zu den inflationären Schäden treten inzwischen, teilweise sich überlagernd, deflationäre Stöungen, als Stabilisierungskrise bezeichnet.

Werfen wir einen Blick auf diese Schäden in unserer Volkswirtschaft.

> „Die zunehmende Inflation in der ganzen westlichen Welt ist eine notwendige Folge der Methoden, deren sich alle Industrieländer zur Sicherung der Vollbeschäftigung bedient haben." [16])

Diese „Vollbeschäftigung", später von Bundeskanzler Schmidt als Überbeschäftigung bezeichnet, ist uns noch in unguter Erinnerung: Überstunden, Sonderschichten, Pfuscharbeit, Gastarbeiterprobleme, Preiserhöhungen waren die Folgen. Man hatte die „Geister gerufen", wurde sie aber nicht mehr mit Anstand los.

„These 3" bei Hayek lautet:

> „Ein Aufhören oder sogar eine bloße Verlangsamung der Inflation — sei es eine wirkliche Beendigung durch Einstellung der Geldvermehrung, oder eine scheinbare durch Verhinderung des Preisanstiegs — wird daher ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zur Folge haben."

Die Statistik gibt Hayek Recht. Von Mai 1974 bis Mai 1975 stieg die Arbeitslosigkeit in der BRD fast um das Doppelte. Fast jeder dritte Arbeitslose suchte länger als 6 Monate einen Arbeitsplatz. In den USA stieg die Arbeitslosenquote von 5 auf 9 % (vgl. Abb. 4/5).

Die seit ca. 40 Jahren betriebene und von J. M. Keynes begründete Wirtschaftspolitik der deficit-spending-policy verlangt in Zeiten des Ausfalls der privaten Nachfrage eine erhöhte staatliche Aktivität. Für Staatsaufträge bedarf es aber des Geldes. Arbeitslosigkeit macht jede Hoffnung auf ein höheres Steueraufkommen zunichte. Die staatliche Verschuldung stößt an die Grenzen, die durch das Stabilitätsgesetz festgelegt sind. Die momentanen Sparabsichtserklärungen der Regierung scheinen da noch das kleinere Übel zu

sein — aber es geht einher mit dem Übel der Stabilisierungskrise, und es droht die nächste Bundestagswahl.

Die stets beschworene Gefahr der Arbeitslosigkeit scheint im Unternehmerlager ihren Ursprung zu haben. Dasselbe gilt für die Zurückhaltung bei der Investitionsbereitschaft (vgl. Abb. 6). Hinzu kommt, daß diese noch nichts aussagt über die Ausnutzung der in früheren Jahren getätigten Investitionen, des Kapazitätspotenials. Geht man von einer Normalauslastung von ca. 90 % aus, so kann man heute annehmen, daß ein Viertel der vorhandenen Kapazitäten nicht genutzt wird (vgl. Abb. 7).

Die unsichere Wirtschaftslage veranlaßt auch den Konsumenten, vorsichtiger zu disponieren. Das Maß seiner Zuversicht flößt keinem Unternehmer Mut ein (vgl. Abb. 8). Für die USA sieht das Bild ähnlich aus (Abb. 9).

Die nicht konsumierten Beträge gehen in die Ersparnisbildung oder verschwinden in Geldhortung (Abb. 10).

Wir haben es also mit einem aus zwei Quellen gespeisten Nachfrageausfall zu tun. Zum einen wird die Geldmenge über das Bankensystem gedrosselt, zum anderen die vorhandene Geldmenge um Horten und Sparen gekürzt. Staatsaufträge fließen weniger reichlich aus Einsparungsgründen. Unternehmerentscheidungen, die in den Vorjahren im Zeichen des billigen Geldes getroffen wurden, werden bei schlechterer Absatzlage zunehmend teurer. Die Verläßlichkeit staatlicher Wirtschaftspolitik und Versprechungen wird skeptisch beurteilt, und das Konjunkturgespenst treibt die Arbeitslosigkeit hoch. Die Anzahl der Insolvenzen stieg von ca. 800 im Jahr 1965 auf fast das Dreifache im Jahre 1975 (s. Abb. 11).

Die verbleibenden Unternehmer müssen sich mit einer Verminderung ihrer Gewinne von 1960 auf 75 um mehr als 10 % (von 39,4 auf 28,8 %) bescheiden[20]) „Von 100 DM Umsatz bleiben den Unternehmen voraussichtlich nur 1,85 DM Netto-Ertrag", klagt das Institut der Deutschen Wirtschaft in seinem Informationsdienst 30/75.

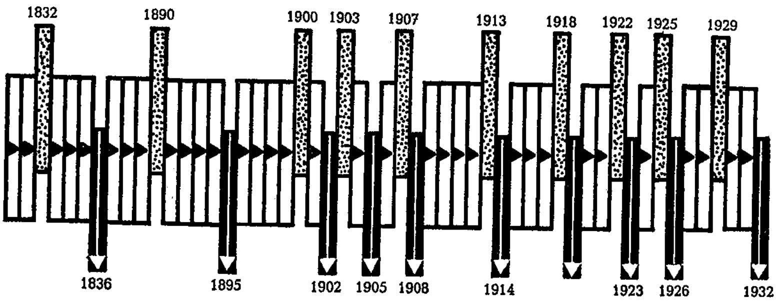
„Du sollst dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden", steht bei Moses 5.25,4. Unsichere Zeiten und risikoreiches Engagement sind keine Basis für unternehmerische Tätigkeit.

Die bisher aufgezeigte Kausalkette wiederholt sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit und nach der „Hundeschwanz-Hochrechnung" wird schon der nächste Aufschwung vorausgesagt[21]) (s. Abb. 12). „Die konjunkturelle Talsohle wird im 2. Halbjahr 75 durchschritten", weissagt der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Sondergutachten. Skepsis ist nach den Erfahrungen angebracht: Die Wachstumsprognosen der Wirtschaftsinstitute verfehlten 1974 das tatsächliche Ergebnis um bis zu 200 % (s. Abb. 13). Sollte man geneigt sein, aus der Abb. 13 zu schließen, daß Konjunkturen und Krisen ein Kind des Nachkriegs-Kapitalismus seien, so dürfte Darstellung 4 deutlich zeigen: So lange wir den Kapitalismus kennen, schwankt er zwischen Konjunktur und Krise,[22]) stets zu Gunsten des Kapitals und der Insider und zu Lasten der Arbeit; Stabilität ist ein Dauerversprechen im doppelten Sinne seitens der Politiker.

Wer weiterhin den Schluß zieht, alle angeführten Daten zeigten das Versagen der Marktwirtschaft, verkennt grundsätzlich das Wesen des Kapitalismus und der Marktwirtschaft; beides bedingt sich nicht notwendigerweise.

Hier scheint nun auf die Darstellung des Sachverhaltes eine Analyse folgen zu müssen.

**Höhe- und Tiefpunkte der Konjunktur in Deutschland von 1880 bis zur Weltwirtschaftskrise**




Darst. 4

# 3.0 Versuch einer Situationsanalyse

## 3.1 Das individuelle Antriebsmoment der Wirtschaftssubjekte

*Der Teufel ist ein Egoist*
*und tut um Gottes Willen nichts,*
*was anderen zu Nutze ist!*
Goethe: Faust

Ausgangspunkt ist der Einzelne in seiner Eigenschaft als wirtschaftender Mensch. Es wird axiomatisch unterstellt, daß seine Handlungsmaxime bestimmt wird durch das Hedonistische Prinzip der Lustmaximierung und Leidminimierung. Dieses philosophische Prinzip geht zurück auf die Schule der Kyrenäer in der griechischen Antike.

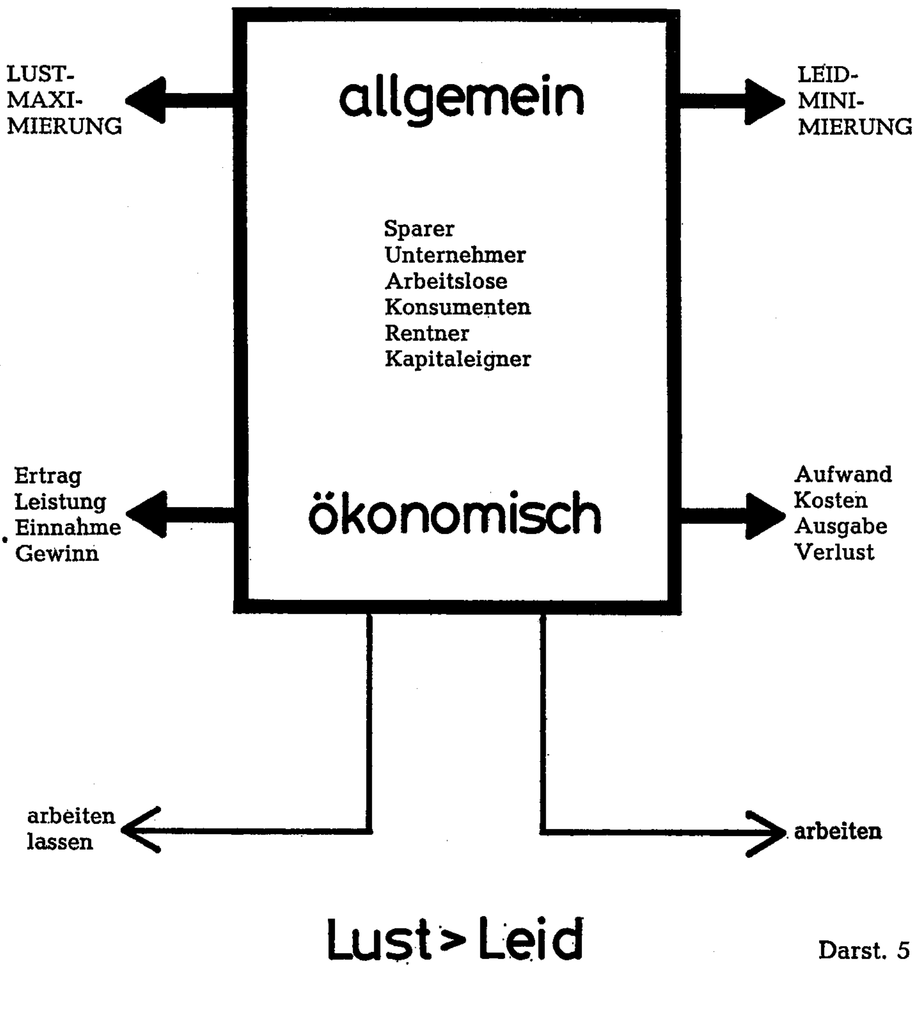
Für unsere Zwecke schränken wir dieses allgemeingültige Prinzip auf seine ökonomische Komponente ein: „Leid" entspricht dann in etwa den Begriffen Aufwand, Kosten, Ausgaben, Verlust, „Lust" hingegen den Begriffen Ertrag, Leistung, Einnahmen, Gewinn.

Es ist hierbei unerheblich, ob im Laufe ihrer Geschichte die Menschen dieses Ziel beschränkt oder unbeschränkt verfolgen konnten; entscheidend ist, daß sie stets ihr Handeln nach diesem Prinzip auszurichten suchten.

Von der Zielrichtung ihres ökonomischen Handelns unterscheiden sich Konsumenten, Unternehmer, Sparer oder Arbeitslose nicht. Die tatsächlich bestehenden Unterschiede liegen in deren Methoden, Mitteln und Möglichkeiten begründet, das hedonistische Ziel zu verfolgen (Darstellung 5).

Grundlage menschlichen Handelns:

# HEDONISMUS

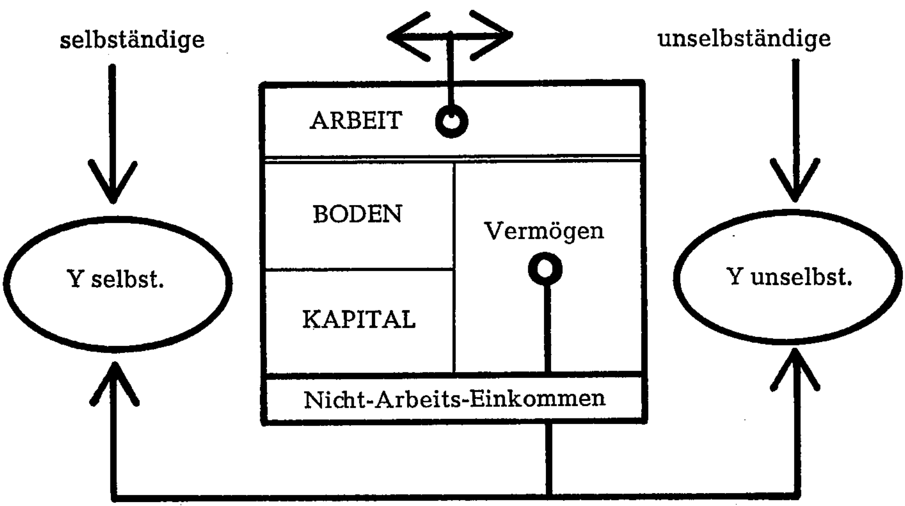



Darst. 5

In entwickelten Massengesellschaften nimmt die ökonomische Lustmaximierung fast ausschließlich die Gestalt des Strebens nach monetärem Einkommen an.

Hier wird in der Statistik unterschieden in Einkommen (Y) aus unselbständiger Arbeit sowie in Y aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Spätestens seitdem der Volkskapitalismus propagiert wird und Vermögensbildung zum politischen Programm wurde, gehört diese Einteilung in die Mottenkiste. Einkommen aus Vermögen (Zins- oder Renteneinkommen) haben nicht nur Unternehmer, sondern auch viele Unselbständige sowie Nicht-Erwerbstätige.

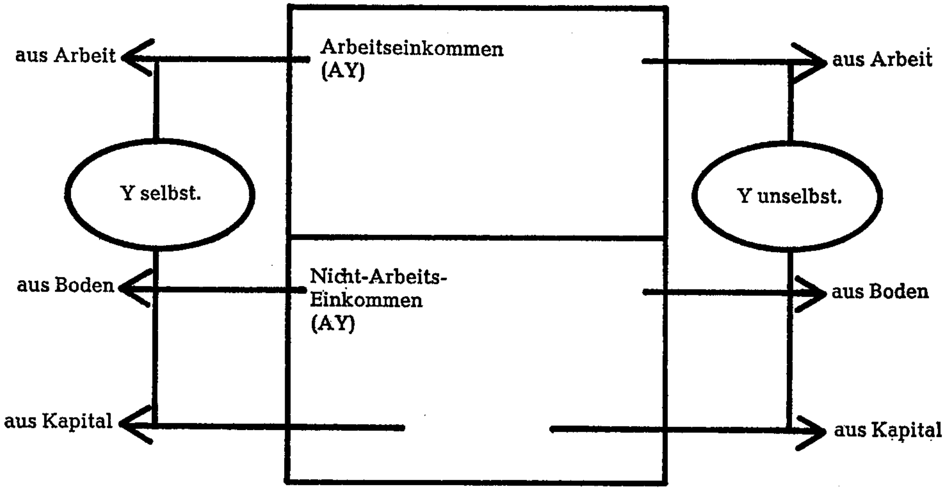
**Einkommensverteilung nach herrschender Lehre**




Darst. 6

Die Einkommen aus den Produktionsfaktoren fließen also prinzipiell allen Wirtschaftssubjekten zu. Wir können jedoch einer unpassenden Einteilung des 20. Jahrhunderts eine passende aus dem 19. Jahrhundert entgegensetzen, ungeachtet der oft damit verbundenen Ressentiments. Die o. a. Problematik ließe sich leicht lösen, wenn die Statistik Einkommen aus Arbeit und aus Nicht-Arbeit ausweisen würde.

**Einkommensverteilung nach freiwirtschaftlicher Theorie**



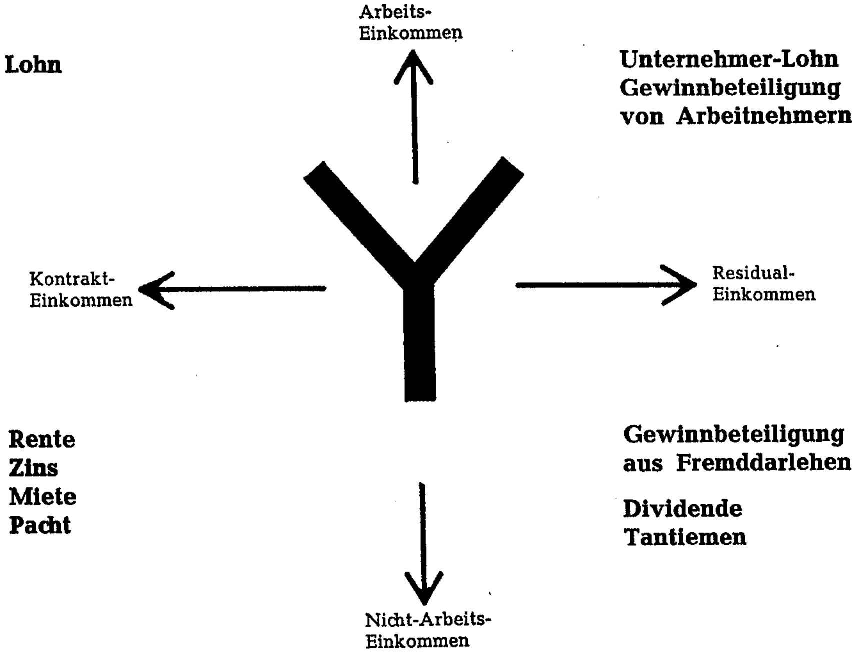

Darst. 7

Auf einer solchen Untersuchung aufbauend, könnte dann auch eine genaue Definition der Einkommensarten gegeben werden, indem die Begriffspaare Kontrakt-Einkommen (vertragsbestimmtes Einkommen) und Residual-Einkommen (restbestimmtes Einkommen) mit einbezogen würden.

(siehe Darstellung 8, Seite 15)

Wir könnten so den Zins eindeutig definieren als ein kontraktbestimmtes Nicht-Arbeits-Einkommen und die Fruktifikationstheorie des Zinses erwiese sich schon durch diese Definition als falsch. Was hier gemeint ist, ist Gewinnbeteiligung aus Fremddarlehen; und diese fällt, wie alle Gewinne, nur an, wenn ein zu verteilender „Rest" existiert nach Abzug aller Aufwendungen vom Ertrag. Somit liegt eine residualbestimmte Größe vor.

Ein weiterer Vorteil dieser Einteilung besteht in der eindeutigen Zuordnung zum Verursachungsprinzip und dem Prinzip einer möglichst gerechten marktwirtschaftlichen Entlohnung: Jeder soll soviel monetäre Konsummöglichkeit am Sozialprodukt entfalten können, wie er zur Entstehung des Sozialprodukts beigetragen hat. Unter diesem Maßstab werden aus verschiedenen Gründen alle Nichtarbeits-Einkommen fragwürdig, wenn man einmal von den Unterstützungseinkommen absieht.




Darst. 8

Eine differenzierte Einkommensstatistik bot wohl erst- und einmalig die Schweiz. In einer Koppelung des Instruments der Lorenzkurve mit den Aussagen der Eidgenössischen Wehrsteuer 1943/44 III. Periode kommt Hoffmann zu einer eindrucksvollen Darstellung (Abb. 14), aus der ersichtlich ist, daß nur z. B. 30 % der Personen 10 % der „Wertschriften", also Vermögenseinkünfte aus Nicht-Arbeitseinkommen, besaßen. Die wohlhabensten 10 % verfügten jedoch über 55 % aller Wertschriften.[23])

## *3.3 Gestaltungs- und Anpassungsmöglichkeiten der Wirtschaftssubjekte bei vorgegebener Geldverfassung und Bodenordnung*

Die Geldverfassung,[2]) in der wir leben, umfaßt alle bisher getroffenen und noch gültigen Entscheidungen über unser Währungssystem, die Aufgaben und Verwendbarkeit des Geldes, seine Spielarten, die Konstruktion des Systems, seine zeitliche und regionale Geltung usw.

Innerhalb dieses Systems erstreben die Menschen individuell nach überlieferten Methoden das hedonistische Ziel der Einkommensmaximierung, wobei jeder pfiffig darauf bedacht ist, die Leidminimierung und Lustmaximierung perfekt zu praktizieren.

Nichts ist im Grunde dagegen einzuwenden, liegt hier doch eine der Hauptwurzeln für die ökonomische Effektivität des marktwirtschaftlichen Systems.

Welche Möglichkeiten bestehen nun innerhalb unseres Systems, sich des Arbeitsleides zu entziehen und dennoch zu Einkommen zu gelangen? Da Arbeit der einzig originäre und aktive Produktionsfaktor ist, wird es ohne ihn nicht gehen; aber das soll es auch nicht. Man will nicht die Arbeit anderer verhindern, sondern die eigenen Mühen und Anstrengungen: statt zu arbeiten läßt man arbeiten.

Die Möglichkeit, Nicht-Arbeits-Einkommen zu beziehen, widerstrebt dem hedonistischen Prinzip der Arbeitenden. Sie kann daher nur aus Macht resultieren. So mag uns die Frage nach der Machtsituation bei Eigentümern von Produktionsfaktoren weiterhelfen, wobei wir Macht nur im passiven Sinne zu verstehen brauchen. Sie wird schon ausgeübt, wenn ein benötigter Faktor sich nicht zur Verfügung stellt, bzw. daran Bedingungen knüpft.

Aus Darstellung 9 ist schon die unterschiedliche Möglichkeit in dieser Hinsicht erkennbar:

Die vereinten Vorteile von Notwendigkeit, Zurückhaltbarkeit, Mobilität und induzierter Knappheit prägen die Vormachtstellung des Finanzkapitals. Seine Zuzugsbedingung lautet: Maximale Verzinsung und maximale Sicherheit.

Die schwächste Position unter den Faktoren und damit im Verteilungskampf hat prinzipiell die — vor allem unorganisierte — Arbeit. Sie ist vermehrbar, substituierbar durch Maschineneinsatz, nicht hortbar und dem Angebotszwang unterworfen.

Zwischen den Fronten steht der Unternehmer; auf Finanzkapital reagiert er, über den Faktor Arbeit und Investition agiert er. Dabei orientiert er sich an derselben Zielvorstellung, wie alle anderen Wirtschaftssubjekte auch. Ganz unverblümt wird in der Unternehmerpublikation IWD[24]) „die Gewinn-Rezession und ihre Folgen" dargestellt: Ein Steigen der Lohnquote bedingt ein Sinken der Gewinnquote*), dem folgt eine sinkende Investitions- und eine steigende Arbeitslosenquote (s. Abb. 15).

---

* Merkwürdigerweise wird auch bei den Unternehmern das Feindbild durch Marx bestimmt. Löhne sind es, die die Aversion auf sich ziehen, also *die* Beträge, die fast als 100% Konsumquote wieder auf dem Markt die Unternehmerprodukte nachfragen! Es sind *die* Beträge, die dem Unternehmer die Produktion ermöglicht haben. Von der Höhe der Zinskosten wird selten geredet!

**Die prinzipielle Situation der Einzelanbieter von Faktorleistungen**

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Arbeit | originär | fixiert | mit Angebots-zwang | nicht hortbar | vermehrbar | |
| Boden | originär | fixiert | kein Angebots-zwang | hortbar | nicht vermehrbar | individuell unverzichtbar |
| Real-kapital | derivativ | fixiert | kein Angebots-zwang | | vemehrbar | |
| Kapital | | | | | | |
| Finanz-kapital | derivativ | mobil | kein Angebots-zwang | hortbar | vemehrbar | bei Arbeitsteilung unverzichtbar in VW'en. |

Darst. 9

Ganz anders sieht Ammon[25]) den Zusammenhang:

> „Ein höherer Preis für die Arbeit muß daher immer einen niedrigeren Preis für das Kapital ... bedeuten. Beide stehen in einem reziproken Verhältnis zueinander."

Hoffmann spricht dann auch zutreffend von einem „reziproken Interesse", welches „die Parteien verfechten zu müssen glauben".[26])

Die Auflösung dieses scheinbaren Widerspruchs liegt in der Erkenntnis, daß der heutige Unternehmer nicht nur Funktionsträger — Koordinator der Produktionsfaktoren —, sondern z. T. noch deren Eigentümer ist. Unternehmerkapitalisten müssen zwangsläufig ein marxistisches Contra-Feindbild haben.

Für den Produktionsfaktor Arbeit sind die Möglichkeiten, den über Kapital emfangenen Druck weiterzugeben, gleich Null. Die Anpassungsmöglichkeiten sind auch nicht viel besser. Eventuell kann über Mehrarbeit oder Schwarzarbeit ein Ausgleich gesucht werden.

Keinerlei Aktionsparameter, keinerlei Reaktions-, sondern nur Empfangsparameter hat der Sparer und Sozial-Rentner. Wie heißt es in der Demokratie der „Farm der Tiere"? „Alle Tiere sind gleich, aber einige sind gleicher als die andern." [27])

Da wir alle der Überzeugung sind, *nicht* in einer Schein-Demokratie zu leben, wollen wir auch die Satire beiseite lassen und uns ernsthafteren Quellen zuwenden.

Das Bundesverfassungsgericht äußert sich in höchstrichterlicher Rechtsprechung, der Mensch habe die Fähigkeit (!) zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung. „Sein Denken und Verhalten können daher durch seine Klassenlage nicht eindeutig determiniert werden." [28]) Auch in seiner rechtlichen Qualifikation kann er nicht „nach seiner Zugehörigkeit zu einer Klasse differenziert" werden.[29]) „Verschiedene freiheitliche Grundordnungen" könne es auf der Basis des Grundgesetzes „nicht geben".[30])

Wie schreibt Schiller in „Wallensteins Tod"?

> Eng ist die Welt
> und das Gehirn ist weit
> leicht beieinander wohnen die Gedanken,
> doch hart im Raume stoßen sich die Sachen!

Aus Gründen der Schicklichkeit wurde die vor-erste Zeile ausgelassen.

Wir halten von unserer Geldverfassung fest, daß sie Finanzkapitaltransaktionen, aus hedonistischen Gründen veranlaßt, legalisiert. Dem steht eine strikte Steuerung der Geldmenge aus volkswirtschaftlichen Gründen entgegen. Sie ist darum bislang auch nahezu unbekannt. Wenn der Unternehmer die Preise erhöht, Investitionen und Neueinstellungen unterläßt, paßt er sich einer gegebenen Situation an. Konsumenten, Sparer und Sozialrentner haben eine bis auf Null verminderte Möglichkeit der Anpassung.

Die zweite große Ausnutzung des Produktionsfaktors Arbeit geschieht über die Bodenrente.

Boden ist in unserer Gesellschaftsordnung Privateigentum. Er ist zu einem knappen und für die Menschen in vieler Hinsicht unverzichtbaren Gut geworden. Seine Nutzung wird gegen Zinszahlung gestattet. Dem Bodeneigner fließen auf diese Weise monetäre Mittel zu, mit denen er Ansprüche an das von anderen erarbeitete Sozialprodukt erhebt. Boden verdirbt nicht, und ist daher hortbar. Er bietet sich als Wertaufbewahrungsmittel in besonderem Maße an und wird so zum Spekulationsobjekt. Sollte in einer zukünftigen Geldverfassung das Geld nicht mehr Wertaufbewahrungsmittel sein können, bedarf es keiner großen Weitsicht, jetzt schon vorauszusagen, daß die gesamte Finanzspekulation in die Bodenspekulation gehen wird.

# 4.0 Der neue gesellschaftliche Maßstab

Als das Hedonistische Prinzip behandelt wurde, stellten wir fest, daß es ein allgemein menschliches sei mit Einengung auf dem ökonomischen Bereich. Wir stellten weiterhin fest, daß es die ganze uns heute noch bestimmende Geschichte durchzieht: Unsere Geldverfassung orientiert sich immer noch fast ausschließlich an den Vorstellungen der Goldgeld-Epoche — Zins, Kreditschöpfung, induzierte Knappheit des Geldes, fehlende nationale oder internationale Verantwortung des Finanzkapitals —. Diese Epoche ist bisher immerhin 4000 Jahre alt geworden.

Man kann es als ein Meisterstück des Finanzkapitals bezeichnen, sich bislang aus der Schußrichtung herausgehalten zu haben und statt dessen den von Marx aufgebauten Buhmann in Form des Unternehmers* seine Haut zu Markte tragen zu lassen.

*Hier* wurden fast alle Freiräume eingeengt und alle Übel des Systems werden getreu der Marx'schen Verteufelung dem Unternehmer angelastet. Ihn trifft der neue Maßstab der „Sozialverpflichung" in vollem Maße. Seine früheren Privilegien werden in dem Maße beschnitten, in dem ihm die Lasten der sozialen Hypothek aufgebürdet werden. Eine unternehmer- und leistungsfeindliche Strömung in unserer Gesellschaft versucht diese Zentralfigur der Marktwirtschaft durch den planenden, befehlsempfangenden Funktionär zu ersetzen.

Mit den Artikeln 14 f GG wurde der Maßstab der Sozialpflichtigkeit auch an den Bodeneigentümer angelegt. Bis zur Überführung der Grundrente in die Öffentliche Hand dürfte aber noch viel Zeit vergehen.

Es wird Zeit, nach der Sozialpflichtigkeit des Finanzkapitals zu fragen. Seine Aktionen und die so verursachten Reaktionen bis zur Krise einer Gesellschaft sind bekannt. Demokratien vertragen weit weniger soziale Belastungen, als Diktaturen oder absolutistische Systeme. „Im Verfassungsprinzip des sozialen Rechtsstaates (Art. 20 und 28 GG) werden alle Grundfreiheiten, wie das Bundesverfassungsgericht bestätigt, der sozialen Bindung unterstellt; mit einer deutlichen Absage an jeden individualistischen, gemeinschaftsfeindlichen Liberalismus im Sinne des Laisser-faire (Entsch. des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 4, S. 15 f.)".[30])

* Der Unternehmer wird prinzipiell als Kombinator der Produktionsfaktoren — Unternehmermanager zur besseren Abgrenzung — und Spezialist für die Aufgabe definiert. Er ist für die Produktionspläne und das freie Angebot verantwortlich. Sein Pendent ist der — zumindest theoretisch — frei nach dem Konsumplan nachfragende Verbraucher. Die Eigentumsfrage an den Produktionsfaktoren — bei Unternehmerkapitalisten — wird mit steigender Bedeutung von Kapitalgesellschaften in diesem Zusammenhang immer weniger bedeutsam.

# 5.0 Prognose unter der ceteris-paribus-Klausel

*Cui bono?*
*(Wem zum Nutzen?)*
Römischer
Rechtsgrundsatz

Erinnern wir uns an Kaptialtransaktionen und Bodenspekulationen, so basieren diese auf vordemokratischen Systemvorteilen, die in nachabsolutistische Zeiten hinübergerettet wurden und unter dem Deckmantel (Neo-)Liberalismus mehr schlechte als rechte Auswirkungen haben.

Es muß in diesem Zusammenhang einmal deutlich gefragt werden, was uns eine solche moderne Ausnutzungs- und Systemgünstlingswirtschaft eigentlich kostet.

Am Anfang stehen die ersten Verse einer von Erich Kästner glänzend formulierten Situation:

1. Das Geld wird billig,
   das Geld wird knapp, —
   sie machen das ganz nach Bedarf . . .
   — also Geldverknappung und Geldverteuerung.
2. es wird weniger konsumiert als produziert.
3. Die Produktion wird gedrosselt.
4. Die Investitionen werden reduziert.
5. Entsprechend weniger Arbeitskräfte werden benötigt und wir müssen eine Arbeitslosenquote von 5 bis 9 % alimentieren.
6. Die ohnehin zu geringe Kapazität wird nur zu 75 % ausgenutzt.
7. Der Konkurrenzdruck steigt, die Konzentration ebenfalls; ökonomische Machtballung und politische Gewaltenteilung treffen nicht gerade im Sinne des Grundgesetzes aufeinander.
8. Bestehende kleine und mittlere Unternehmen melden Konkurs an, neue entstehen nicht wegen der Zinsbarriere; der Mittelstand fehlt.
   Hier können wir Kästners Verse fortführen:
   . . . Sie schneiden den andern die Hälse ab — Geld ist manchmal scharf!
9. Der Staat verschuldet sich, um die aufgetretene Nachfragelücke zu schließen.
10. — Diese deficit-spending-policy,
    — die Unterstützung der Arbeitslosen,
    — die Existenzsicherung für die durch das Zinssystem Ausgenutzten (Subventionen und Transfer-Einkommen)
    erzwingen
    höhere Steuern oder
    höhere Staatsverschuldung oder
    schmerzhafte Sparmaßnahmen.

Wenn man die so beschriebene und täglich verifizierbare Situation der Marktwirtschaft vordergründig betrachtet, stellt sich jedem die Frage nach Abhilfe.

Bei dem bejammernswerten ökonomischen Bildungshorizont unserer Bevölkerung ist tiefere Einsicht kaum zu erwarten. Allerdings wird man auch dem einfältigsten arbeitslosen Hilfsarbeiter und dem jüngsten Arbeitslosen nicht über Massenmedien einreden können, es gehe ihm gut, und er möge weiterhin ein guter Demokrat bleiben und auch so wählen. Er wird sich schwach an Marx und dessen Kritik erinnern und von nun an als begeistertes „Radieschen"*) die Beseitigung des Systems fordern. Viele Intellektuelle werden die oben beschriebenen Mängel unter die überall umherliegende Marx'sche Lupe nehmen und auf einem etwas höheren Niveau zu gleichen Schlüssen kommen.

> „Es ist der gemeine Fehler aller Leute von wenig Talent und mehr Belesenheit als Verstand, daß sie eher auf künstliche Erklärungen, als auf natürliche verfallen." [34])

Eine so auf Dauer und mit System geschaffene Stimmung in der Bevölkerung wird bei entsprechenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten über den Wahlzettel Gehör finden müssen.

Die Vergangenheit zeigt uns, daß Radikalismus von links oder rechts seinen Nährboden in der „ökonomischen Basis" hat. Erinnern wir uns an die Stimmengewinne der NPD in den Landtagen nach 1969 oder das Anwachsen der DKP! Wer nach den Ursachen des 2. Weltkrieges fragt, muß nach der Machtergreifung Hitlers (s. Abb. 16) fragen und diese ist nur aus der Zeit heraus verständlich. Sigismund v. Radecki schrieb 1959 in der WELT [31]):

> „Schon die monetaristische Krise der Inflation von 1923 hatte mit ihrer Verbitterung und Verzweiflung die Nazis in Marsch gesetzt; jetzt tat die Wirtschaftskrise von 1930 das gleiche, aber in stärkerem Maße, weil der psychologische Widerstand fehlte — man hatte den Glauben an die normale Demokratie verloren. Ohne die Wirtschaftskrise wären die Nazis nie wieder hochgekommen; so hat also 1929 den 2. Weltkrieg mit herbeigeführt — eine fürchterliche Wirkung, wie sie noch kein Haussekrach je gehabt hat. 50 Millionen Leichen — die liegen so still, weil man 1929 an der Börse so gestikuliert hat."

Sind wir wieder dabei, den „psychologischen Widerstand", den „Glauben an die Demokratie" zu verlieren? Das System für die Machtergreifung muß aber nicht mehr geschaffen werden, wie 1929, sondern steht im Sozialismus zur Übernahme bereit. Es scheint, als seien wir schon weiter!?

---

* nur an der Oberfläche rot

## 6.0 Passivität — warum?

*Nichts schmerzt mich mehr*
*bei allem Tun und Lassen,*
*als daß ich die Welt*
*so ansehen muß*
*wie der gemeine Mann,*
*da ich doch szientifisch weiß,*
*daß er sie falsch ansieht.*

G. C. Lichtenberg[34]) gest. 1799

Die sich heute in unserem System zeigenden Mängel sind nur geschichtlich erklärbar. Eine Geldverfassung, die in ihren Prinzipien 4000 Jahre alt ist und ein knapp 100 Jahre altes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem können unmöglich ohne Reibungen harmonieren.

Vordemokratische Systemvorteile können dem neuen gesellschaftlichen Maßstab nicht gerecht werden, weil jene aus absolutistischen Zeiten stammen, dieser aber ein Ergebnis aus Liberalismus, Sozialismus und Notwendigkeit darstellt.

Seit Menschengedenken teilt sich die Menschheit in die vielen Uninformierten, Uninteressierten und Ge- und Verführte einerseits und in die wenigen interessierten, informierten Insider und „Führer" andererseits. Die einen haben sich in den jeweiligen Systemen etabliert und denken nicht im Traum daran, neueren Vorstellungen ihre Pfründen zu opfern, die andern sind dumm. werden dumm gehalten und bleiben dumm. Wie schreibt Jonathan Swift in einem Essay über die Lage der Bauern in Irland?

> „Ein Volk, das lange an Unterdrückung gewöhnt war, verliert allmählich die einfachsten Begriffe der Freiheit. Die Menschen sehen sich als auf Gnade und Ungnade ausgelieferte Geschöpfe an, und sie glauben, alle Lasten, die ihnen von einer höheren Hand auferlegt werden, seien gesetzmäßig und bindend."

Wenn die Neuzeit aber Ideale verfolgt, wie Aufklärung im weitesten Sinne, allen offene Bildungschancen, Sozialprinzip usw., dann kann es nur eine Frage der Zeit und der Lehrinhalte sein, ob es eine über ökonomische Zusammenhänge aufgeklärte Bevölkerung gibt oder nicht.*

Wie aber will man dem Kultusminister einen Vorwurf machen, wenn das Bundesverfassungsgericht zwar den „individualistischen, gemeinschaftsfeindlichen Liberalismus im Sinne des Laisser-faire" anprangert, aber allenfalls die Pferdeäpfel erkannt hat, von Roß oder gar Reiter ganz zu schweigen.

Prinzipiell kann man von einer Antionomie zwischen individuellem Hedonismus und Sozialprinzip sprechen, von einer unheiligen Allianz zwischen

---

* Der Verfasser hat im Rahmen einer Examensarbeit das Thema gestellt, ob und wie „Wirtschaftliche Macht" in den Lehrplänen berücksichtigt wird. „Die Richtlinien für die differenzierte gymnasiale Oberstufe bieten die ausführlichste Darstellung des Problems. In anderen Richtlinien finden sich nur Bruchteile des Komplexes." Fehlende geeignete Lehrkräfte und zu wenig Stunden „dürften dafür verantwortlich sein, daß ... Macht und ihre Problematik in der Unterrichtspraxis nur von Fall zu Fall behandelt wird".[32])

materieller Interessiertheit, Kurzsichtigkeit, Dummheit und Hoffnung, es werde schon nicht so schlimm.

Wenn das generell für wirtschaftende Menschen zutrifft, dann gibt es eigentlich nur einen Ort der Verwunderung, der sich der oben versuchten Analyse entzieht, nämlich die Wirtschaftswissenschaft.

Sie ist kaum materiell gebunden, denn das Wort Professor wird ja nicht von profitieren, sondern von „profiteri" (lat. „bekennen") abgeleitet. Ist sie kurzsichtig? dumm? uninteressiert? Schwerlich! Trotzdem hat die herrschende Lehre** Mühe, sich gegen ihre Kritiker zu behaupten. Wenn Wortbildungen wie „magisches Dreieck" zum gängigen Vokabular gehören, wenn Konjunktur- und Krisenablauf der Sonnenfleckenaktivität zugeschrieben werden (Schmölders), muß man sich doch fragen, in welchem Jahrhundert wir denn leben? Gibt es einerseits solche Erklärungen, andererseits nicht zu leugnende Störungen im Wirtschaftsablauf, dann paßt beides doch nur zusammen, wenn nichts geändert werden soll, wenn man nichts ändern will. Aus Furcht vor dem Vorwurf der Untätigkeit verlegt man die Verursachung in die Magie und ist exkulpiert. „Tätig werden" im Sinne des Wirtschaftspolitikers kann ein Wissenschaftler natürlich nicht. Seine Tätigkeit ist schon die Stellungnahme, und hier liegt die zweite Absicherung:

Das Dogma von der Wertfreiheit*** wissenschaftlicher Aussagen.

Diese wissenschaftliche Haltung entzieht sich der Verantwortung, die der Wissenschaftler hat, weil er Fachmann ist.[33]) Sie schützt ihn aber auch vor Konflikten mit Macht und Herrschaft im weitesten Sinne. Wenn Lichtenberg schreibt: „In jedes Menschen Charakter sitzt etwas, das sich nicht brechen läßt — das Knochengebäude des Charakters; und dieses ändern zu wollen, heißt immer, ein Schaf das Apportieren zu lehren.",[34]) dann können wir hier vom Knochengebäude der herrschenden Volkswirtschaftslehre sprechen.

Wenn die Fachleute sich selbst Beschränkungen auferlegen — aus welchen Gründen auch immer — mag doch die Frage erlaubt sein, wem denn dann die Verantwortung übertragen werden soll? Etwa dem „mündigen Bürger"? dem interessenabhängigen Politiker?, dem Finanzkapital als Richter in eigener Sache? Wenn sie *alle* ihre Ziele verfechten, sollte *keiner* ausgeschlossen sein, oder sich selbst ausschließen.

Die Lehre von der Wertfreiheit wissenschaftlicher Aussagen stammt aus dem durch das naturwissenschaftliche Denken beherrschten 19. Jahrhundert. V. C. Vickers nennt es „Die alte Schule des Denkens".[35]) Beispielsweise erzwingt die Astronomie eine beschreibende, darstellende Methode, denn der Gang der Gestirne kann und soll ja zur Kenntnis genommen, nicht beeinflußt werden. „Der Mensch ist als denkendes Wesen der aktive Gestalter der Verhältnisse ... Daher stimmt es nicht, daß wir uns in der Rolle des Beobachters begnügen müssen, wie die konventionellen Volkswirtschaftstheorien behaupten." [36]) Wir brauchen in der Volkswirtschaftslehre das, was die Juristen die „finale Denkweise" nennen: Ein Ziel ist zu erreichen und danach müssen wir „Postulate aufstellen, um auf ihnen unsere Erkenntnis der wirtschaftlichen

** interpretiert als die Deutung in einem Wissenschaftsbereich, die den Herrschenden nutzt.
*** vielleicht besser genannt, das Dogma von der Urteilslosigkeit

Zusammenhänge aufzubauen. Damit ausgerüstet, dürften wir in der Lage sein, die ökonomische Wirklichkeit zu gestalten und, sofern nötig, neu zu gestalten".

# 7.0 Alternativen

## 7.1 Revolution durch Sozialismus

*Der Mensch hat dreierlei Wege,*
*klug zu handeln:*
*erstens durch Nachdenken —*
*dies ist der edelste;*
*zweitens durch Nachahmen —*
*das ist der leichteste;*
*dritten durch Erfahrung:*
*das ist der bitterste!*

Konfuzius

Im vorigen Abschnitt wurden die Gründe für die Passivität aufzuzeigen versucht, und es gibt deren viele. Man könnte geneigt sein, es eine Tragik der Geschichte zu nennen, daß fast alle heute zu verzeichnenden Aktivitäten, die aus Systemfehlern rühren, Bestrebungen zur Beseitigung des Systems nach Marx'schem Denkmodell sind. Wer sonst noch das System kritisch betrachtet, tut gut daran, seine Abneigung gegen den Sozialismus nicht zu verbergen, am besten, er begründet sie noch.

So sprechen eine Reihe von Gründen tatsächlich gegen den Sozialismus/ Kommunismus. Ich entledige mich alter Schuhe doch nur, wenn ich bessere finde, oder wenn die alten nicht mehr zu flicken sind. Gegen die Qualität der anderen Schuhe spricht:

Das westlich-liberale System geht vom Individuum aus und hat in Egoismus, Hedonismus, Bedürfnissen, Arbeit und zurechenbarer Entlohnung seine Triebfedern.

Der sozialistisch eingestellte Mensch entbehrt all dies. Er soll über ein neues sozialistisches Bewußtsein verfügen. Seit ca. 50 Jahren arbeiten sowjetische Pädagogen und Seeleningenieure daran; bisher ohne großen Erfolg.

Wir sollten uns besinnen, daß wir aus der Unfreiheit des Absolutismus die liberale Idee als Lichtblick der Menschheit betrachtet haben und jetzt dabei sind, dies als Irrweg anzusehen. Wir befinden uns geradeswegs rückwärts auf dem Wege in Unfreiheit und „Diktatur des Proletariats".

In ihr haben wir die Nachteile des Absolutismus

Befehl und Kontrolle
Einheitsmeinung
Ideologische Ausrichtung

und die Nachteile des Kapitalismus

Zinswirtschaft
Konsumzwang als „manipulierter Verbraucher in Rot"
Ausnutzung des Faktors Arbeit

vereint mit einigen spezifischen Mängeln des Sozialismus:

Produktions- und Konsumplanung

Schwerfälligkeit des ökonomischen Systems
Staatskapitalismus
Lohnnivellierung
Mangelwirtschaft

Die Vorteile der Marktwirtschaft werden geopfert, um *die* Mängel zu beseitigen, die der Kapitalismus in die Marktwirtschaft hineingebracht hat.

Daher erhebt sich die Frage ob man mit dem Ausbessern alter Schuhe, mit dem Beseitigen einiger Nägel in der Brandsohle nicht besser fährt.

## 7.2 Evolution — die freiwirtschaftliche Konzeption

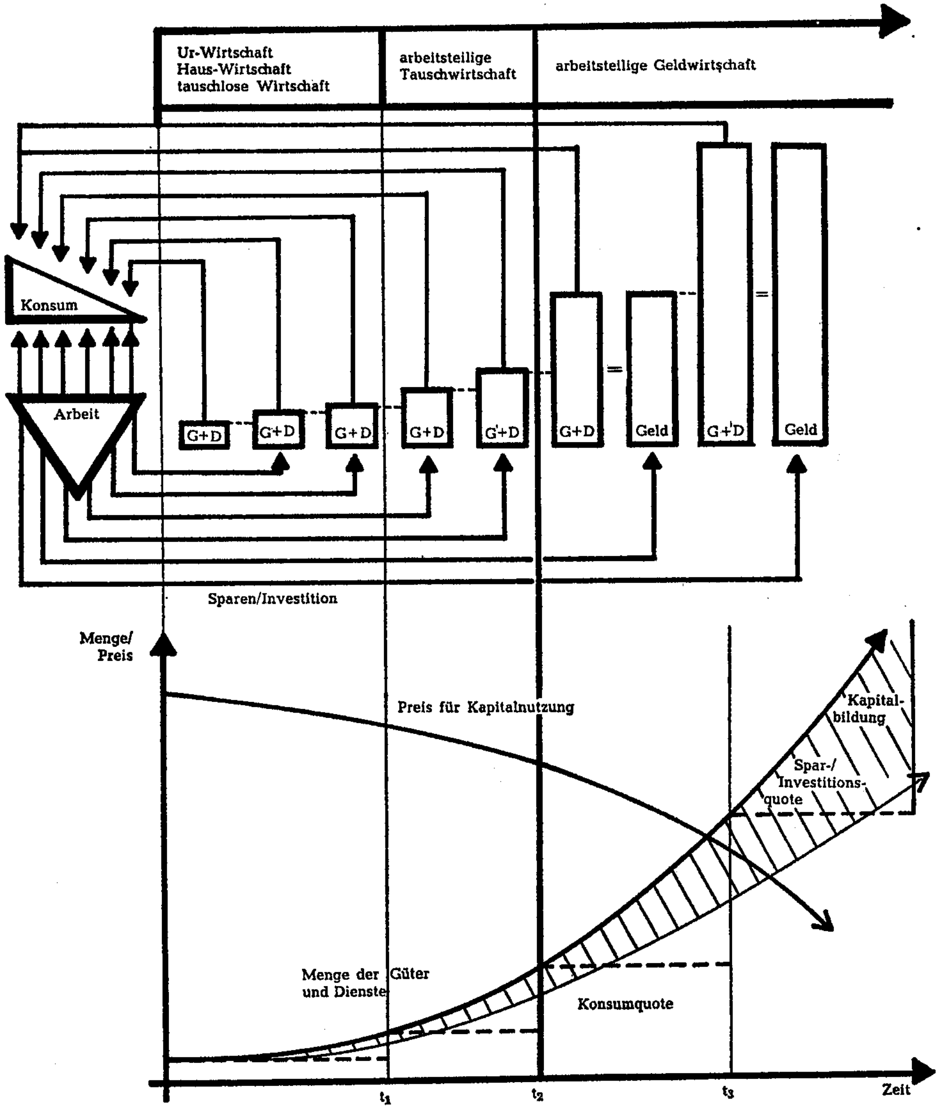
*— Gemeinwohl ist eben nicht von vornherein gleichgesetzt mit den Interessen einer bestimmten Klasse. —*
*Bundesverfassungsgericht Bd. 5, S. 198*

Am Anfang steht die Frage nach der Zwangsläufigkeit der Kausalkette ökonomischer Fehlentwicklungen, die der Kapitalismus in die Marktwirtschaft hineinbringt. Ausgehend von der Arbeitswertlehre der Klassiker entstehen durch vermehrte, intensivere, geschicktere und höher qualifizierte Arbeit immer mehr Güter und Dienste (G + D) in einer Volkswirtschaft (s. Darst. 10). Die Zuwachsraten in der Ur-Wirtschaft sind geringer als in der arbeitsteiligen Tauschwirtschaft oder in der Geldwirtschaft, denn erst diese beseitigt die Nachteile der Arbeitsteilung, wie z. B. „falsches" Tauschobjekt, „falschen" Tauschpartner, „falschen" Zeitpunkt des Tauschgeschäftes. Gleichzeitig zahlt die Gesellschaft aber von jetzt ab den Preis, dem Instrument des Geldes bedingungslos ausgeliefert zu sein, es nicht entbehren zu können, weil sonst Wirtschaften nur unter primitiveren Umständen denkbar ist. Hier liegt die Wurzel für den Einfluß des Finanzkapitals.

Da definitionsgemäß *jedes* Gut Kapitalcharakter annehmen kann (wenn dafür Zins gezahlt wird), wächst mit den Gütern und Diensten auch die Kapitalausstattung einer Volkswirtschaft, kurz: der Wohlstand. Weil bei Arbeitsteilung keiner mehr für sich selbst produziert, müssen alle Güter einen Tauschpartner über Geld finden. Alles Geld kauft alle Ware, lautet die Primitivgleichung der Quantitätstheorie. In der Grobsteuerung orientieren wir uns zunächst an der Geldmenge. Da diese aber den verschiedensten Verwendungen zugeführt werden kann, mag uns der Zweck der ganzen Prozedur, nämlich die Preisstabilität, die Feinsteuerung liefern. Preisstabilität ist definiert als ein konstantes Preisniveau. Dieses wieder hängt ab von der genauen Regulierung der Geldmenge und der Umlaufgeschwindigkeit.

Wird ständig weiter gearbeitet, erfolgt keine Unterbrechung durch Kriege, Krisen, Streiks, so muß die Kapitalbildung in der Volkswirtschaft zwangsläufig zunehmen. Es bildet sich „ein Meer von Kapital", sowohl Real- als auch Geldkapital. Nach den Marktgesetzen (vgl. [15]) S. 9) kann nicht teuer sein, was reichlich angeboten wird (vgl. [12]) S. 9). Der Preis für die Kapitalüberlassung, der Zins, muß sich gegen Null entwickeln, er „ertrinkt in einem Meer von Kapital" (Keynes). Die Ausnutzung des Faktors Arbeit über den parasitären Zins findet so ein natürliches Ende. Definiert man „Leistung" als

**Die Entwicklung des Volkswohlstandes**
Ableitung der Quantitätstheorie




Darst. 10 a

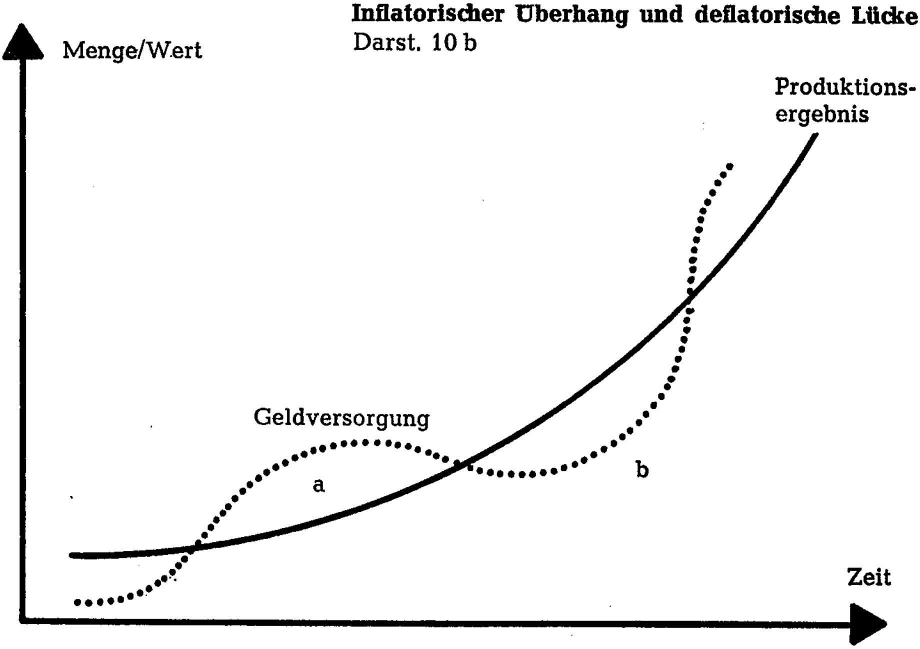
Arbeitsleistung und nicht als Gebrauchsüberlassung, dann ist der Zins in einer Leistungsgesellschaft ohnehin systemfremd. „Richter und Wegweiser“ [39]) ist er erst recht nicht, weil diese Aufgabe viel systemkonformer vom Gewinn wahrgenommen werden könnte.

Soweit die Theorie! Die Praxis hält jedoch eine Reihe von Möglichkeiten bereit, aus hedonistisch-egoistischen Gründen den Zins zu konservieren. Voraussetzung ist ein „freies“, nicht gekoppeltes Verhältnis zwischen Güter- und Geldvermehrung.

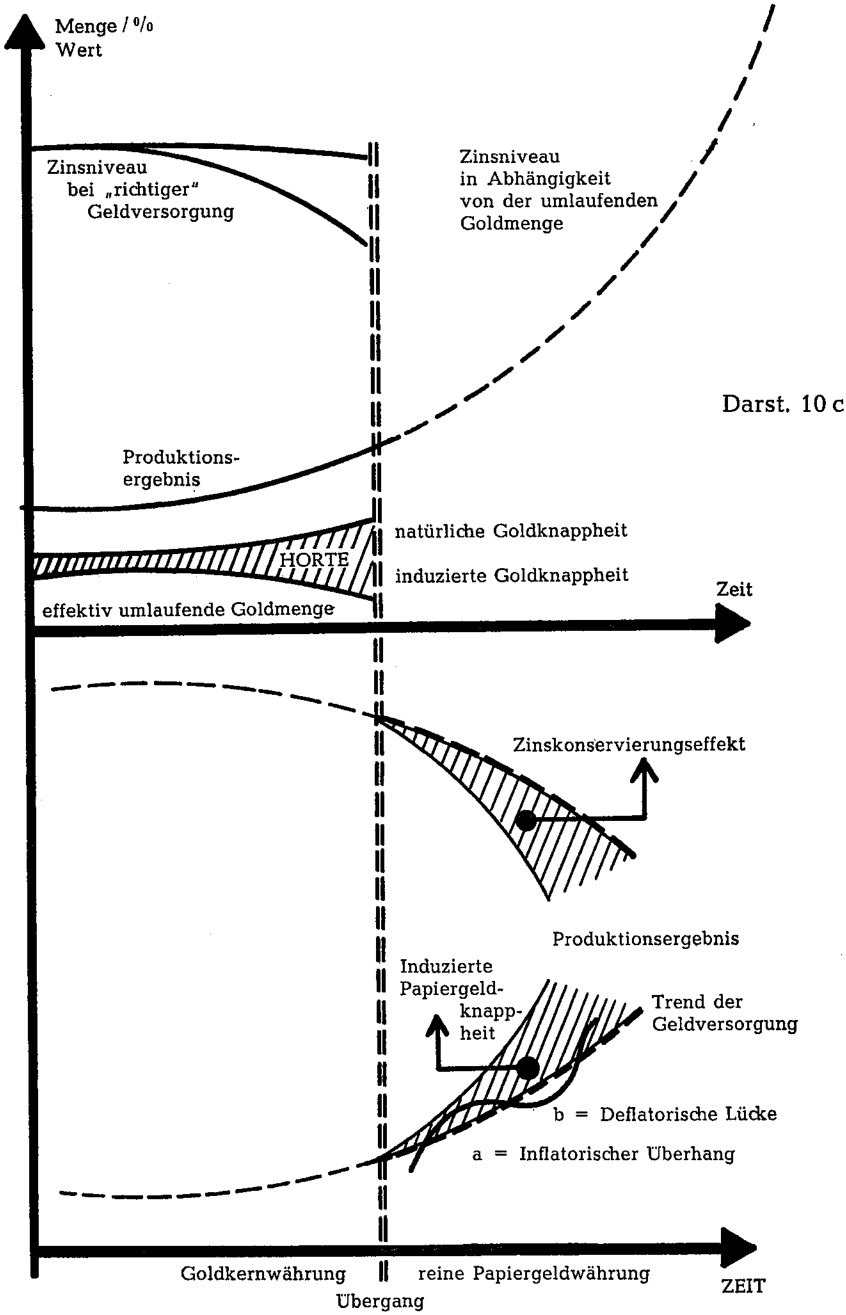
> „... von diesen Anlagen ... erwartet man Zins, und der Zins fällt in dem Maße, wie das Realkapital im Verhältnis zur Bevölkerung wächst ... Fällt also der Zins ... infolge der neuen Anlagen unter das herkömmliche Maß, so wird kein Geld mehr für solche Anlagen hergegeben. Kein Zins, kein Geld! ... was geschieht dann mit den Waren? ... Also wenn das Volk fleißig und erfinderisch ist, wenn die Ernte von Sonne und Regen begünstigt wurde, wenn viele Erzeugnisse zur Verfügung stehen, um Wohnungen und Arbeitsstätten zu erweitern, dann, gerade dann zieht sich das Geld, das den Tausch hier vermitteln soll, zurück und wartet. Und weil das Geld sich zurückzieht, weil die Nachfrage fehlt, ist der Krach (die Krise) da.“ [38])

So steht es im Belieben jedes Finanzkapitalbesitzers, über seine hedonistischen Überlegungen die Volkswirtschaft zu beeinflussen. Da Geldkapitalinteressen homogen sind, sind es auch ihre legalen — wenn auch nicht legitimen — Aktionen. So läßt sich Darst. 10 erweitern um die Feststellung, daß wir in unseren Volkswirtschaften entweder eine inflatorische Überversorgung — a) in Darst. 10 b — mit Geld haben, gemessen an der gewohnten Geldmenge, oder aber eine deflatorische Lücke — b) in Darst. 10 b —.

**Inflatorischer Überhang und deflatorische Lücke**
Darst. 10 b



**Die Abhängigkeit des Zinses von der effektiv umlaufenden Geldmenge**



Vickers, ehemaliger Gouverneur der Bank von England, vertritt sogar die Ansicht, das Banksystem habe nach dem Schwinden der *natürlichen* Knappheit des Goldes — durch seine Demonetisierung — permanent und systematisch die nicht zwangsläufige Knappheit des Papiergeldes angestrebt, um den Zins als Gewinnquelle nicht versiegen zu lassen. Insofern leben wir also mit einer angewöhnten, *induzierten* Geldknappheit. Im Rahmen der bisherigen Darstellung bildet sie keinen Widerspruch, sondern einen weiteren Aspekt; den man wie in der unteren Hälfte von Darst. 10 c veranschaulichen kann.

> „Wenn wir ausreichende Konsumkraft hätten, das heißt, einen unserer Produktion entsprechenden aufnahme- und zahlungsfähigen Markt, würden wir sehen, daß ein Überfluß frei verfügbaren, nicht geborgten ... Geldes in den Händen der Käufer sofort ein Nachlassen der Nachfrage nach verzinsbarem Leihgeld verursachen würde, nach dem „Warenbestand" der Banken also und der Geldindustrie allgemein. Es ist darum immer die erste Sorge der Geldinstitute, so zu prozedieren, daß die Nachfrage nach Geld für alle Zeiten das Angebot an Geld übersteigt." [37])

Aus der Tatsache des egoistischen Hedonismus und dem Ziel der Gewinnmaximierung ist dieses Vorgehen wahrscheinlich. Ohne weiter darauf einzugehen, bleibt festzuhalten, daß durch die konsequente Anwendung quantitätstheoretischer Geldordnungspolitik auch ein solcher — hier nur unterstellter — volkswirtschaftlicher Nachteil veschwinden würde. So bleibt die Forderung:

„Die Preise dürfen niemals und unter keinen Umständen fallen" [38]) oder, wie wir heute sagen würden, das Preisniveau muß konstant bleiben. Wir brauchen eine Zwangskopplung von Geld- und Güterzuwachs und diese kann sich nur an einem Geldwert-Erhaltungs-Index orientieren. Steigt dieser — evtl. an den Lebenshaltungskostenindex oder Großhandelsindex gebundene — Gesamtindex, so verfügte die Volkswirtschaft über zuviel Geld und mit den Mitteln der Offenmarkt-Politik könnte abgezogen werden. Auch der Steuermechanismus käme in Betracht. Ein Sinken des Geldwert-Erhaltungs-Index* bedeutete, daß das Preisniveau sinkt, weil zu wenig Geld in der Volkswirtschaft vorhanden ist, oder die Menschen es anders als früher verwenden.**

So lange ungestört gearbeitet wird, muß eine geordnete Geldmengenvermehrung eine höhere Kapitalbildung zur Grundlage haben und nach sich ziehen. Die marginale Sparquote in einer Volkswirtschaft würde so auf den Zins drücken, daß er sicherlich auch deshalb seine Leitfunktion an die Gewinnbeteiligung abtreten müßte.[39]) Preise zahlt man nur für knappe Güter und die resiualbestimmte Gewinnbeteiligung aus Fremddarlehn ist sicher ein Fortschritt gegenüber der kontraktbestimmten Zinsforderung, auch wenn beides arbeitsfremde Einkommen sind.

---

* Unter Geld verstehen wir alles, was Nachfrage entfalten kann, also primär $M_1$, ggf. $M_2$.

** Bei niedrigen Einkommen werden von zusätzlich verdienten 100 Mark auch 100 Mark konsumiert. Bei Spitzeneinkommen werden diese 100 Mark wohl ganz gespart. Im ersten Fall ist die marginale Sparquote 0, im zweiten 1.

Die zweite große Ausnutzung des Produktionsfaktors Arbeit durch Bezieher von Nicht-Arbeitseinkommen geschieht über die Bodenrente.

Aus drei Gründen kann man an eine Reform des Bodenrechtes denken.

1. Der Boden ist ein unverzichtbares Gut, welches nicht durch Arbeit entstand, sondern von Natur aus vorgegeben wurde. Eigentum an solchen Gütern ist naturrechtswidrig.
2. Da Boden quasi von selbst immer knapper wird, muß der dafür gezahlte Preis stets höher werden, denn Substitutionsgüter gibt es nicht.
3. Damit steigen die Spekulationsmöglichkeiten und die Ausnutzung des Produktionsfaktors Arbeit durch das dem marktwirtschaftlichen System fremde Nicht-Arbeits-Einkommen.

Die Kommunalisierung und die Entschädigung der Bodeneigentümer würde die Knappheit des Bodens nicht beseitigen. Nach wie vor regelt der Preis die Nutzung des Bodens. Nicht auf die Bezahler, sondern auf die Bezieher ist die Kritik gerichtet. Anstatt privaten Spekulanten würde hier eine nie versiegende Quelle von Einnahmen der öffentlichen Hand zufließen, wobei die Verwendung als „Mutterrente", wie es Gesell vorschwebte, oder die Zwangskopplung mit dem Kindergeld durchaus sinnvoll wäre.

Eingriffsmöglichkeiten in die bisherigen Eigentumsverhältnisse bei berechtigtem Interesse der Allgemeinheit sind bis heute begrenzt, langwierig und teuer. Es bestehen immer noch Möglichkeiten, den Zugriff mit Quasi-Erpressung in übermäßiger Höhe bezahlen zu lassen. Auch dieses Problem würde gelöst.

Die freiwirtschaftlichen Vorschläge laufen auf folgende wirtschaftspolitische Maßnahmen hinaus:

1. Die Geldmenge ist an einen Geldwert-Erhaltungsindex zu koppeln, der stabilisiert werden muß.
2. Die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes widerspricht einer exakten Steuerungsmöglichkeit und ist daher zu beseitigen.
3. Der Boden wird gegen Entschädigung in Gemeineigentum überführt ...

Der Unternehmer hat als Zentralfigur der Marktwirtschaft kapitalistische Fehlentwicklungen primär zu verkraften. Die Folgen der o. a. Vorschläge würden ihm auch zugute kommen. Im einzelnen bedeuteten sie:

— eine krisenfreie Wirtschaft
— eine größere und begründetere Zuversicht in den Wirtschaftsablauf
— eine größere und ausgelastete Kapazität
— Abschied von der Sorge um eine künstlich verminderte Nachfrage
— volle Konzentration auf die eigentliche unternehmerische Aufgabe
— kein Zwang zu Marktabsprachen
— Wegfall der Zinsbarriere bei Geschäftsgründung oder Expansion
— eine gesicherte Existenz, wenn er sein Handwerk beherrscht.

Eine geordnete Geldverfassung, die einer zentralen Steuerung und einem genauen Maßstab unterliegt, bedeutet für die Gesellschaft eine funktionierende Marktwirtschaft ohne vordemokratische Systemvorteile und Ausnutzung über den Zins.

Im einzelnen hätten wir alle Ursache, folgendes zu bejubeln:
— den Abbau arbeitsfremder Einkommen (Darst. 11/12)
— die Garantie des vollen Arbeitseinkommens
— den Anreiz zur Arbeit durch ein kategorisches Leistungsprinzip
— die Verhinderung monetärer Krisen
— die Vergrößerung des Volkswohlstandes
— die Versachlichung des Verteilungskampfes
— die Festigung von Freiheit und Demokratie
— die Vergrößerung des Spielraumes für Zivilisation und Kultur.

„Die politischen Kosten einer Reform", das sind die freiwirtschaftlichen Vorschläge. Sie bieten die Möglichkeit, national und international die „Lücke zwischen den Hochprivilegierten und den verzweifelt Armen" zu schließen, und man kann verstehen, was McNamara als Präsident der Weltbank-Gruppe gemeint haben könnte, als er von der „Wahl zwischen Reform und Rebellion" sprach.[40] *

Prinzipien kümmern sich nicht um Dimensionen, und so trifft der globale Maßstab auch für den nationalen und individuellen Rahmen zu.

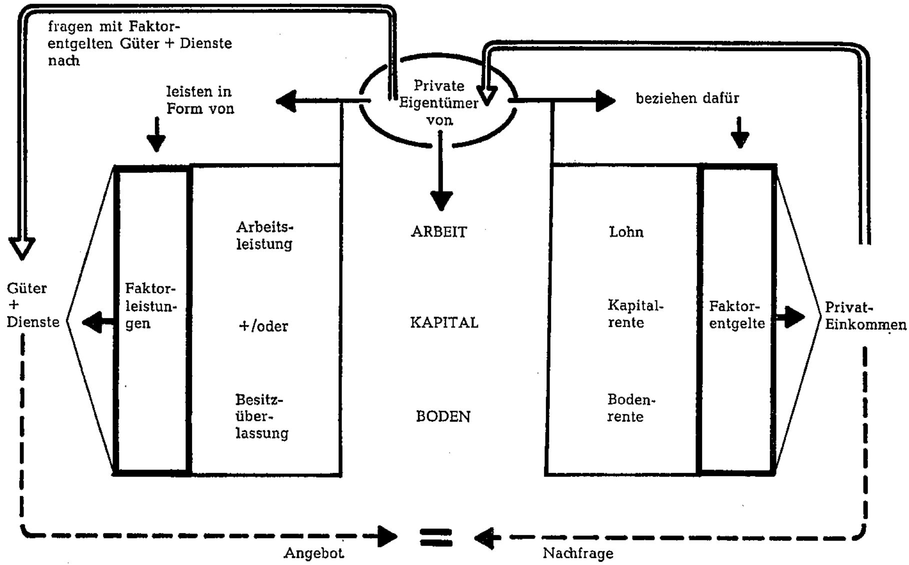
Das Thema lautete: Grenzen der Marktwirtschaft. Es ist keine Feststellung, oder Behauptung, nicht eine positiv zu beantwortende Frage, sondern eine absolut falsche Fragestellung! Was wir als Grenzen der Marktwirtschaft zu bezeichnen geneigt sein könnten, sind Grenzen des Kapitalismus, oder solche, die der Kapitalismus der Marktwirtschaft aufzwingt. Vordemokratische Systemvorteile in einer demokratischen Marktwirtschaft sind ein Anachronismus! Für die Markwirtschaft gilt, daß sie eine Herausfoderung an uns richtet: Sie möglichst unverfälscht zu gestalten.

**Darstellungen**



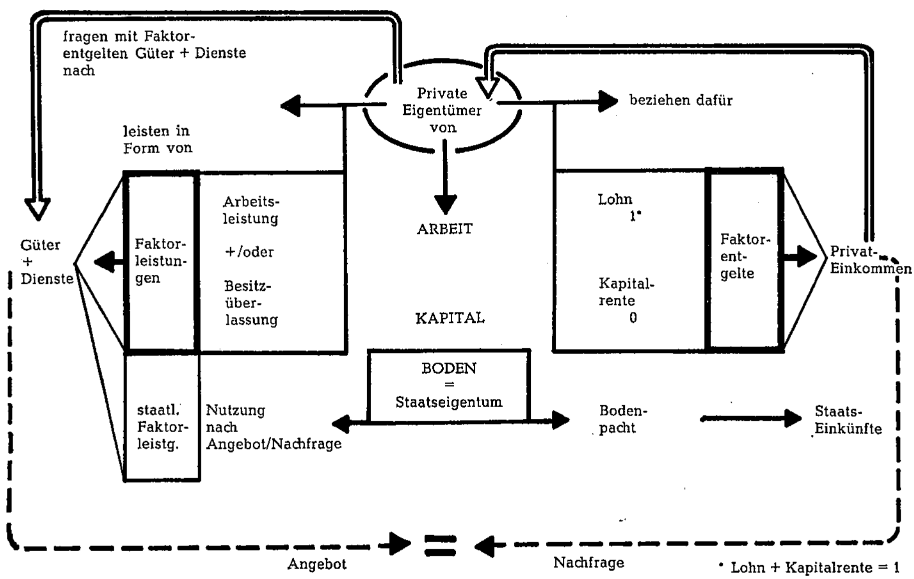
* When the highly privileged are few and the desperately poor are many — and when the gap between them is worsening rather than improving — it is only a question of time before a decisive choice must be made between the political cost of reform and the political risks of rebellion." [40]

## Einkommensquellen nach herrschender Lehre




Darst. 11

## Einkommensquellen nach freiwirtschaftlicher Lehre




* Lohn + Kapitalrente = 1

Darst. 12

Abb.: 1:
Arbeitszeitaufwand eines Industriearbeiters für Gegenstände des täglichen Gebrauchs (Auszug) ° = Stunden, ′ = Minuten

| | 1 kg Brot | 1 kg Kotlett | Halbschuhe | VW | Brief |
|---|---|---|---|---|---|
| XI/49 | 23’ | 4° 35′ | | 3946° 24′ | 10′ |
| /54 | 25’ | 3° 04′ | | 2297° 46′ | 7′ |
| /58 | 22’ | 2° 36′ | | 1674° 30′ | 5′ |
| /60 | 18’ | 2° 25′ | 10° 52′ | 1395° 01′ | 4′ |
| X/65 | 15’ | 1° 56′ | 7° 39′ | 986° 12′ | 3′ |
| /70 | 13’ | 1° 20′ | 6° 02′ | 782° 12′ | 3′ |
| /72 | 13’ | 1° 12′ | 6° 10′ | 713° 54′ | 3′ |

Abb. 2:
Urlaub und Urlaubskosten in der Metallindustrie Europas 1975

| Land | Tage | | Kosten in DM | |
|---|---|---|---|---|
| | Urlaub | Feiertage | Lohnfortzahlg. | Zus. Urlaubsverg. |
| BRD | 26 | 11 | 2 714 | 952 |
| NL | 20 | 7 | 1 775 | 1 351 |
| Dk | 20 | 10,5 | 2 918 | 197 |
| B | 19 | 10 | 1 888 | 1 112 |
| S | 20 | 11 | 2 570 | 74 |
| A | 20 | 11 | 1 261 | 877 |
| CH | 18 | 8 | 2 184 | — |
| I | 20 | 15 | 1 349 | — |
| F | 20 | 9 | 1 308 | — |
| GB | 20 | 7 | 1 032 | — |

Abb. 3:
ausgewählte Sozialleistungen in Mrd. DM (gekürzt)

| | 1968 | 1972 | 1974 |
|---|---|---|---|
| Gesamt: | 141,0 | 224,3 | 286,5 |
| Arbeiterrentenversicherung | 26,1 | 40,8 | 52,4 |
| Angestellten-Rentenversicherung | 13,5 | 21,2 | 30,8 |
| Anteil der Sozialleistungen am Bruttosozialprodukt in Prozent | 26,1 | 26,9 | 28,5 |

Abb. 4:

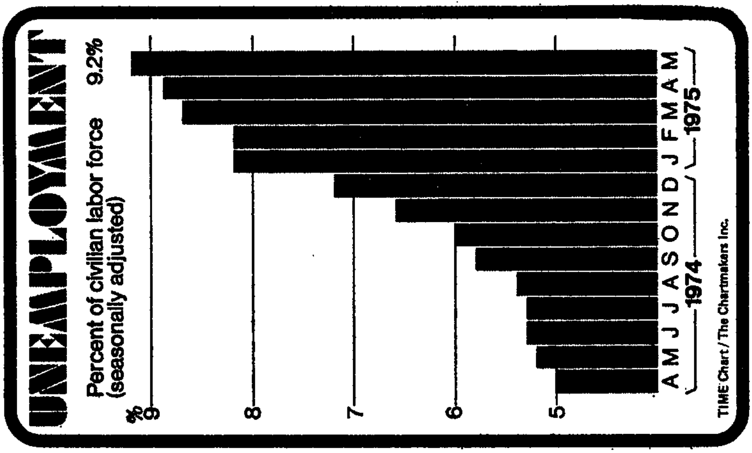



Abb. 5:

Dauer der Arbeitslosigkeit in Monaten bei

| | | |
|---|---|---|
| 18,2 % | bis 1 Monat | 12,1 % |
| 31,2 % | 1—3 Monate | 28,6 % |
| 27,1 % | 3—6 Monate | 27,3 % |
| 18,6 % | 6—12 Monate | 25,0 % |
| 4,0 % | 12—24 Mon. | 5,9 % |
| 1,3 % | länger | 1,1 % |

im Jahre 1974, Mai — 1975, Mai

gesamt: 456 603 — gesamt: 1 017 903

Abb. 6:

Investitionen je Beschäftigten in Preisen von 1962 in ihrer durchschnittlichen jährlichen prozentualen Veränderungsrate

| | 1966—69 | |
|---|---|---|
| Bauhauptgewerbe | + 12,2 | — 2,2 |
| Bergbau | — 8,1 | + 12,8 |
| Chemie | + 3,0 | — 8,6 |
| Eisenschaffende Industrie | — 0,8 | — 1,6 |
| Elektrotechnik | + 9,5 | — 0,4 |
| Maschinenbau | + 9,9 | — 8,1 |
| Mineralölverarbeitung | — 8,7 | + 3,6 |
| Nahrungs- u. Genußmittel | + 2,7 | + 2,0 |
| Straßenfahrzeuge | — 0,5 | — 11,8 |
| Textilindustrie | + 8,6 | — 4,1 |

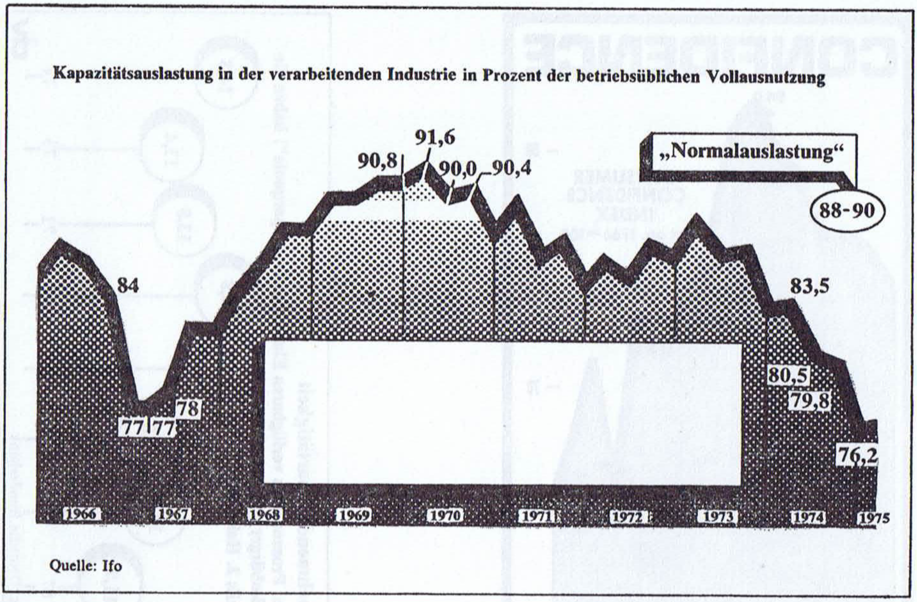

Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie in Prozent der betriebsüblichen Vollausnutzung
91,6
90,8
90,0
90,4
„Normalauslastung“
88-90
84
83,5
78
77
77
80,5
79,8
76,2
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
Quelle: Ifo

Abb. 7

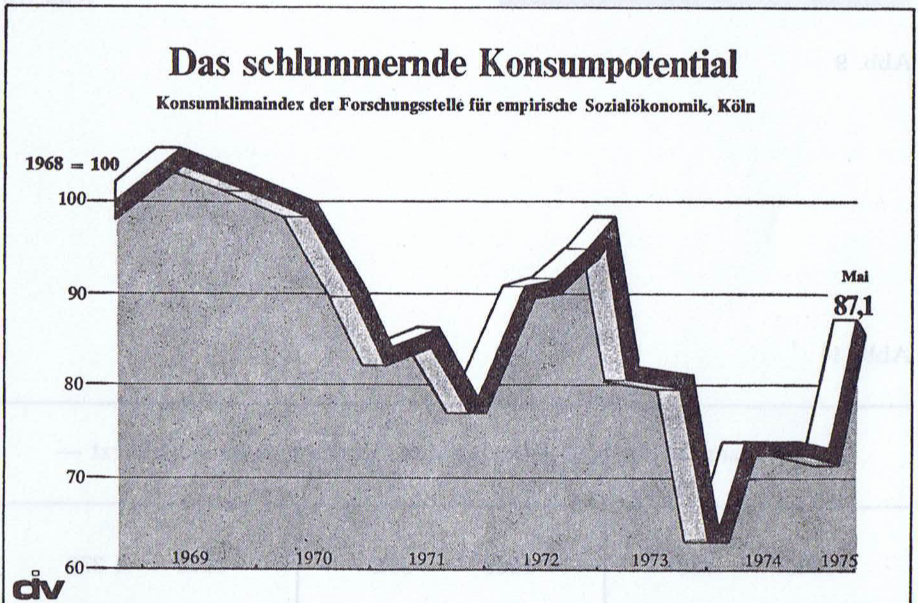

Das schlummernde Konsumpotential
Konsumklimaindex der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik, Köln
1968 = 100
100
90
80
70
60
Mai
87,1
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975

Abb. 8

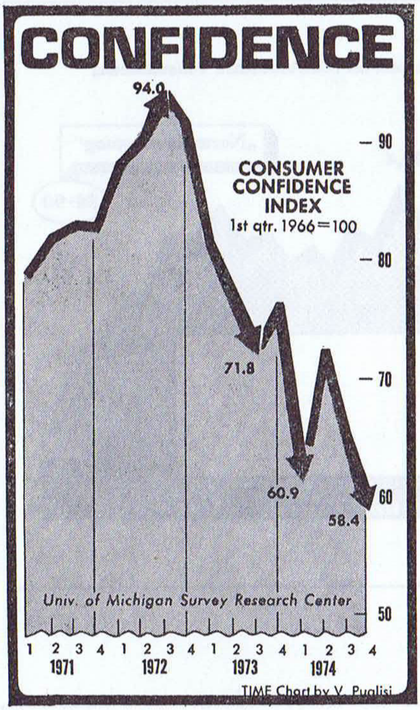



Abb. 9

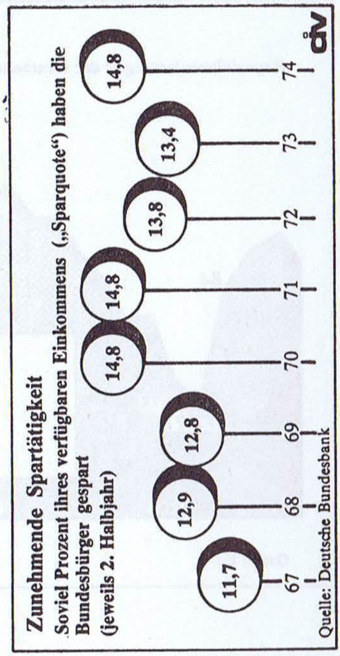



Abb. 10

Abb. 11

| Insolvenzen in der BRD (Vierteljahresdurchschnitte) — gekürzt — | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1965 | 789 | 1969 | 952 | 1973 | 1 379 |
| 1967 | 1 084 | 1971 | 1 084 | 1975 | 2 298 |

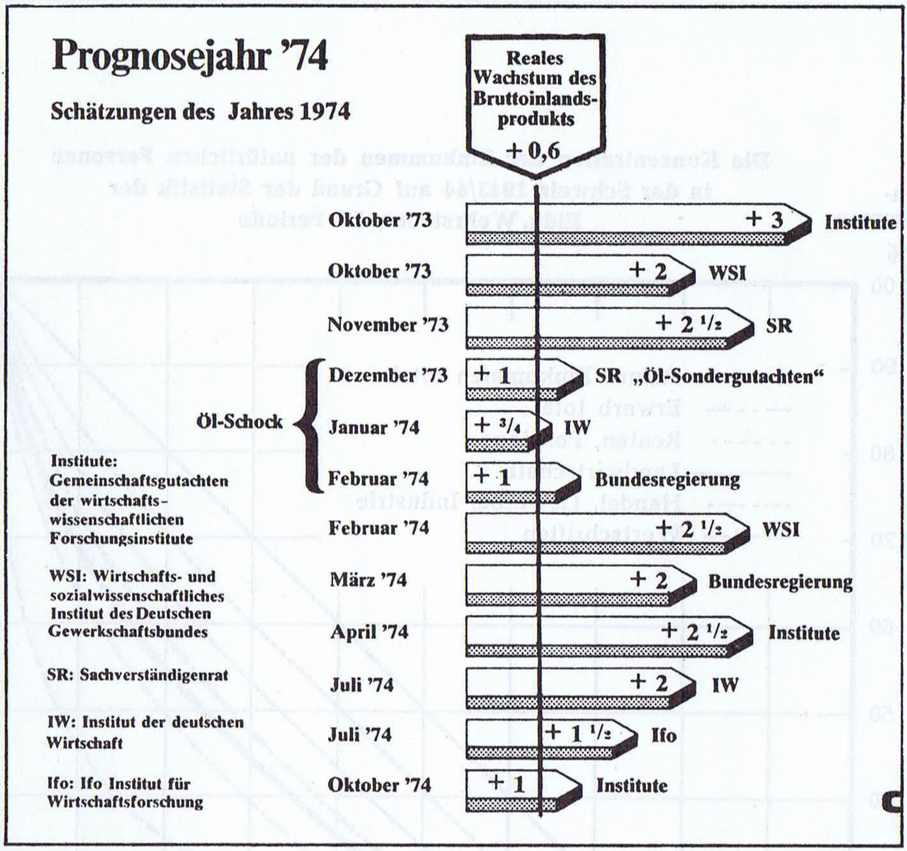

Prognosejahr '74
Schätzungen des Jahres 1974
Reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts
+ 0,6
Oktober '73
+ 3
Institute
Oktober '73
+ 2
WSI
November '73
+ 2 1/2
SR
Öl-Schock
Dezember '73
+ 1
SR „Öl-Sondergutachten"
Januar '74
+ 3/4
IW
Februar '74
+ 1
Bundesregierung
Februar '74
+ 2 1/2
WSI
März '74
+ 2
Bundesregierung
April '74
+ 2 1/2
Institute
Juli '74
+ 2
IW
Juli '74
+ 1 1/2
Ifo
Oktober '74
+ 1
Institute
Institute: Gemeinschaftsgutachten der wirtschafts-wissenschaftlichen Forschungsinstitute
WSI: Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes
SR: Sachverständigenrat
IW: Institut der deutschen Wirtschaft
Ifo: Ifo Institut für Wirtschaftsforschung

Abb. 12

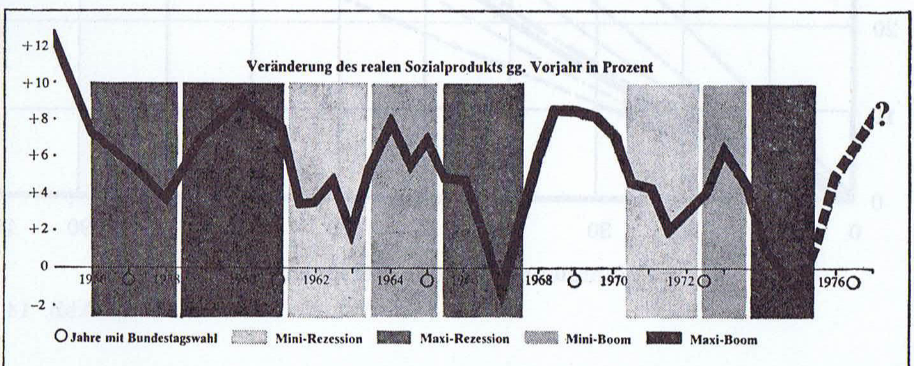

Veränderung des realen Sozialprodukts gg. Vorjahr in Prozent
+12
+10
+8
+6
+4
+2
0
-2
1962
1964
1968
1970
1972
1976
?
Jahre mit Bundestagswahl
Mini-Rezession
Maxi-Rezession
Mini-Boom
Maxi-Boom

Abb. 13

**Die Konzentration der Einkommen der natürlichen Personen in der Schweiz 1943/44 auf Grund der Statistik der Eidg. Wehrsteuer, III. Periode**

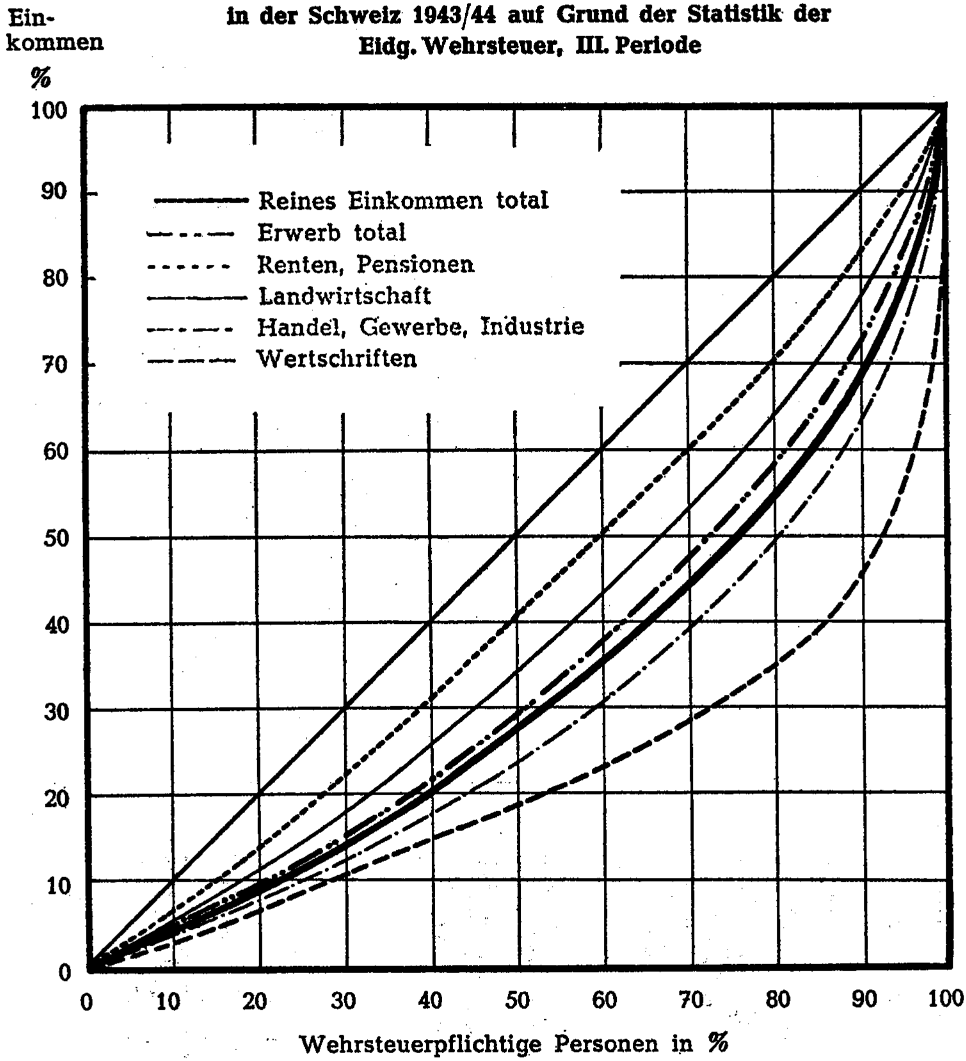
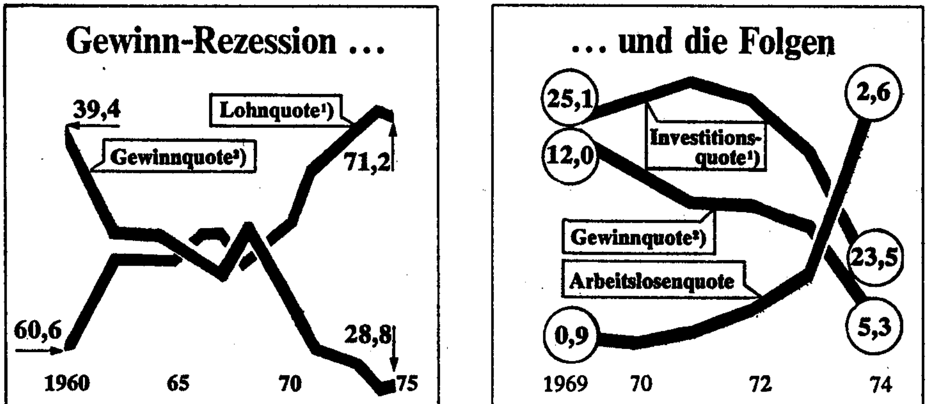



Abb. 14




¹) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen; ²) Rechnerische Quote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an der Zahl der Erwerbstätigen im Jahre 1960; ³) Anteil des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen.

¹) Anteil der Anlageinvestitionen am Sozialprodukt (real); ²) Anteil der Gewinne im engeren Sinn (d. h. ohne Berücksichtigung von Unternehmerlohn sowie Zins- und Mieteinnahmen) am Volkseinkommen.

Abb. 15

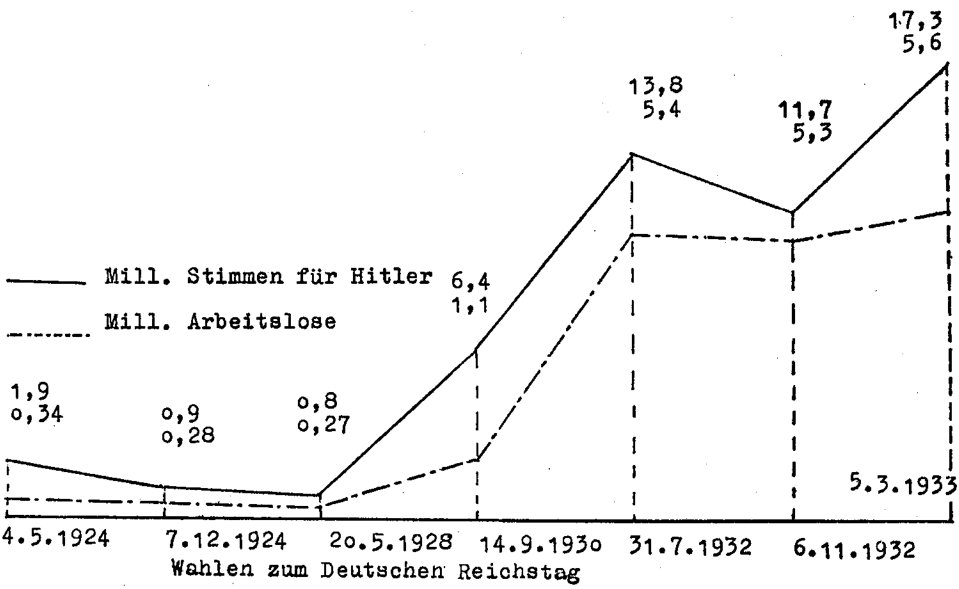



Abb. 16

1) M. Meadows: Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972 Seite 13

2) E. Tuchtfeld: Instrumentarium der Wirtschaftspolitik — Ein Beitrag zu seiner Systematik; ersch. i. Hamb. Jahrbuch f. Wirtsch.- und Gesellschaftspolitik, Tübingen, 2. Aufl. 1958

3) A. Langner: Demokratie erfordert eine freie Wirtschaft, Köln 1974, S. 12

4) S. Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung, Kurzausgabe 1950 Lüdenscheid

5) H. Ohm: Allgemeine Volkswirtschaftspolitik Bd. II, Berlin — N. Y 1974 S. 175 f.

6) M. O. Lorenz: Methods of measuring the concentration of wealth in: Publications of the American Statistical Assoc. June 1905, p. 1134

7) Interamerikanische Entwicklungsbank: Social Progress Trust Fund, Wash. DC 1966 und Desal: América Latina y desarrollo social, Santiago di Chile 1966 S. 75

8) P. A. Samuelson: Volkswirtschaftslehre, Bd. I, 5.Aufl. Köln 1972 S. 157

9) Der Spiegel: Zielgruppenanalyse LA 68, Spiegelverlag Hamburg

10) H. Ohm: a. a. O. S. 181

11) Bundesbankgeschäftsbericht 1973 S. 36 Frankfurt/M.

12) H. Irmler: Zur gegenwärtigen kredit- und währungspolitischen Lage; Vortrag vom 7. 7. 74 in Mannheim vor der Öffentl. Versicherungsanstalt der Badischen Sparkassen, ersch. i.: Dt. Bbk., Auszuüge aus Presseartikeln Nr. 34

13) A. Mainert: Zentralbankgeldsteuerung — die neue Kreditpolitik der Bundesbank, unveröff. Manuskript, Kurzfassung eines Vortrages i. Nov. 75, S. 3, herausgeg. v. Dt. Bbk., Betriebliche Fortbildung

14) H. Stein: Rede vor der International Monetary Conference Williamsburg, Virginia, am 6. 6. 74, ersch. i. Dt. Bbk., Auszüge aus Presseart., Nr. 34

15) A. Mainert, a. a. O. S. 18

16) F. A. Hayek: Zwölf Thesen zur Inflationsbekämpfung, ersch. i. d. FAZ v. 19. 8. 1974

17) A. Mainert, a. a. O. S. 19

18) Geschäftsbericht der Bundesbank 1973, S. 4 f und Bundesbankbericht 12/74 S. 8

19) Zeitschr. für das gesamte Kreditwesen 4/75 S. 137 f. und 5/75 S. 6 f.

20) IWD 16/75 S. 5

21) IWD 22/75 S. 3

22) F. W. Doerge: Die Ordnung in der Wirtschaft, in: Informationen zur politischen Bildung 1965 S. 13 Bonn

23) H. Hoffmann: Wesen und Bedeutung des Volkseinkommens in internationaler Betrachtung, in: Mitteilungen der Intern. freiwirtschaftlichen Union 12/52 Bern, S. 23

24) IWD 16/75 S. 5

25) A. Amonn: Das Lohnproblem, Bern 1945, S. 41

26) H Hoffmann: a. a. O., S. 6

27) G. Orwell: Farm der Tiere, Ffm./Hmb. 1958 S. 137

28) Bundesverfassunggericht: Entscheidungen Bd. 5 S. 204

29) Bundesverfassungsgericht: Entscheidungen, Bd. 5 S. 201

30) A. Langner: a. a. O.: S. 3

31) in: M. Leuchtenberg: Woran Weimar scheiterte, o. J., Hamburg

32) L. Cöllen: Inwiefern wird die Problematik der wirtschaftlichen Macht im Schulwesen des Landes NRW entsprechend der Raumlehrpläne und der Unterrichtspraxis behandelt? Unveröff. Arbeit an der FH Niederrhein, Mönchengladbach 1975 S. 75 und 73

33) F. G. Binn: Ökonomie, Versuch einer Standortbestimmung, in: Die Neue Hochschule Bd. 16/74 Nr. 2/75 München S. 19 ff.

34) G. C. Lichtenberg: Aphorismen, München o. J S. 34/136

35) V. C. Vickers: Wirtschaft als Drangsal, 1950, Lauf b. Nürnberg S. 26 ff.

36) E. Löbl: Wirtschaft am Wendepunkt, Köln/Achberg 1975 S. 84/6.

37) V. C. Vickers: a. a. O. S. 41

38) S. Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung, Lüdenscheid 1950 Kurzausgabe, S. 64

39) Sparkassenbrief Juli 75: Der Zins als Richter und Wegweiser

40) McNamara: Rede vor dem Joint Fund Bank Meeting 1972, zit. in: R. M. Bird: Public Finance und Inequality, ersch. i.: Finance and Development, Vol. 11, Nr. 1/74 S. 2

Abb.: 1: Bundesministerium f. Wirtschaft: Leistung in Zahlen, Berlin 1973 Seite 25

Abb. 2: Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IWD) Nr 28/75 Seite 3

Abb. 3: IWD 28/75 Seite 7

Abb. 4: IWD 33/75 Seite 8

Abb. 5: Time-Europe vom 16. 6. 75 Unemployment

Abb. 6: IWD 51/52—74 Seite 1

Abb. 7: IFO-Statistik, ersch. i. IWD 26/75 Seite 6

Abb. 8: Forschungsstelle f. empirische Sozialökonomik Köln, ersch. i. IWD 27/75 Seite 6

Abb. 9: Univ. of Michigan Survey Research Center, ersch i TIME v 27. 1. 75

Abb. 10: Dt. Bundesbankstatistik, ersch. i. IWD 12/75 Seite 2

Abb. 11: Statist. Bundesamt in IWD 22/75 Seite 8

Abb. 12: IWD 22/75 Seite 3

Abb. 13: IWD 3/75 Seite 7

Abb. 14: H. Hoffmann, s. Nr. 23 des Literaturverzeichisses

Abb. 15: IWD 16/75 Seite 5

Abb. 16: M Leuchtenberg „Woran Weimar scheiterte" 20 Ts. 1974